

Marxistisch-leninistische Theorie und revolutionäre Praxis
Schriftenreihe der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)
Landesorganisation Berlin

Konsequent

Ausgabe 2/2015

Spendenempfehlung: 2 Euro

Anton Latzo

Sieg über den Faschismus ist eine Tat der Befreiung

**Betrachtungen zu Ursachen des 2.
Weltkrieges**

Impressum:
Konsequent 2/2015
ISSN 2196-5986
DKP Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Rainer Perschewski (V.i.S.d.P.)
Druck: Eigendruck
www.dkp-berlin.info

Anton Latzo*

Sieg über den Faschismus ist eine Tat der Befreiung

Betrachtungen zu Ursachen des 2. Weltkrieges

*Prof. Dr. Anton Latzo ist Vorsitzender der Geschichtskommission der DKP.

„Die Geschichte der unmittelbaren und entfernteren Vergangenheit ist schmerzlich, aber voller Lehren.“

Seitdem der Kapitalismus in die Phase der Entwicklung zum Imperialismus eingetreten ist, drängen seine Kriege nach größter Ausweitung, sie werden zu Weltkriegen.

Gerade angesichts von Entwicklungen in der Gegenwart müssen wir uns immer wieder bewusst machen: In allen großen Kriegen seit 1871 in Europa waren es deutsche Soldaten und Offiziere, die auf Befehl ihrer Vorgesetzten in fremde Länder eindrangten, unmessbares Leid über die Völker brachten und sich zu zahllosen Verbrechen missbrauchen ließen.

Das Wissen über die Ursachen, den Verlauf und die Ergebnisse des 2. Weltkrieges erleichtert das Verständnis für eine Reihe wichtiger Fragen und Probleme des antiimperialistischen Kampfes in der Gegenwart.

Der zweite Weltkrieg erwächst aus den Widersprüchen des Kapitalismus

Der zweite Weltkrieg entstand aus der weiteren Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, der Verschärfung seiner Widersprüche und aus dem verschärften Kampf der imperialistischen Mächte um Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Kolonien sowie um die Neuaufteilung der politischen Vor- bzw. Weltherrschaft nach dem ersten Weltbrand.

In diesem Kampf entstanden zwei imperialistische Blöcke. Der eine Block, bestehend aus England, Frankreich und den USA, und der andere, bestehend aus den faschistischen Staaten Deutschland, Italien und dem militaristische Japan. Ihr Kampf um Märkte und Rohstoffgebiete mündete in einen neuen imperialistischen Weltkrieg. Hauptkraft war dabei der deutsche Imperialismus und Militarismus, der ohne Rücksicht auf Zivilisation und Völkerrecht zur Führung eines Krieges entschlossen war, in ihm die nationale Souveränität der fremden Staaten mit den Füßen trat und ganze Völker ausrotten wollte.

Der deutsche Imperialismus kämpfte dabei nicht nur um Teilhabe an der Beherrschung der Völker und Reichtümer der Welt, sondern um die völlige Beherrschung und Ausbeutung, um die alleinige, um die absolute Weltherrschaft. Mit seiner Aggression gegen die UdSSR verfolgte das deutsche Monopolkapital imperialistische Raub- und Klassenziele. Ihre Erreichung sollte der wichtigste Schritt auf dem Wege zur Weltherrschaft sein. Gleichzeitig wollte es damit die internationale Arbeiterbewegung und die nationalen Befreiungsbewegungen empfindlich treffen.

Deutscher Imperialismus – Hauptkraft der Reaktion

Deutschland hat keinen Präventivkrieg geführt, wie es manche Historiker behaupten. Schon 1917 hatte der Eroberungskrieg gegen Russland/Sowjetunion eine vorrangige Rolle in den Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus gespielt. Sofort nach dem 1. Weltkrieg begann er mit der Vorbereitung der Revanche und leitete die Wiederaufrüstung ein. Dabei erhielt er aktive Unterstützung von den Westmächten, die das gleiche Vorgehen nach 1945 wiederholten. Getrieben vom Antikommunismus begünstigten diese den Aggressor und versuchten, ihn gegen das sozialistische Land zu treiben. Somit war der Überfall des faschistischen Deutschland auf die Sowjetunion zugleich der Versuch des Weltimperialismus, den Gang der Geschichte zurückzudrehen und seine ungeteilte Herrschaft auf der ganzen Erde wiederherzustellen.

In der Zwischenzeit sind 70 Jahre seit der Befreiung vom Faschismus vergangen, aber auch heute muss – angesichts der internationalen Entwicklung und der Entwicklung besonders in den imperialistischen Staaten – über die Ursachen des zweiten Weltkrieges nachgedacht werden. Vor allem gilt es, die Frage in den Mittelpunkt zu stellen, welche sozialen Kräfte den Aggressor gezüchtet und seine todbringende Aktivität entfesselt haben.

Nach dem ersten Weltkrieg blieb der Imperialismus und damit die ökonomische Grundlage der Kriege, die er erzeugte, bestehen.

Es wäre unzulänglich, die Ursachen des zweiten Weltkrieges nur auf den einen oder anderen ökonomischen oder politischen Faktor zurückzuführen. Sie wurzeln in einer Realität, die einem bestimmten Entwicklungsstadium des kapitalistischen Systems immanent ist und die diese ökonomischen und politischen Faktoren hervorbringt.

Imperialismus und Krieg

Nach dem ersten Weltkrieg blieb der Imperialismus und damit auch die ökonomische Grundlage der Kriege bestehen. Seine weitere Entwicklung bestätigt die wissenschaftliche Erkenntnis des Marxismus-Leninismus, dass durch die ungleichmäßige ökonomische und politische Entwicklung des Kapitalismus das Bestreben nach einer Neuverteilung der Anfang des 20. Jahrhunderts unter den Großmächten bereits verteilten Welt gemäß dem neuen Kräfteverhältnis wachgerufen bzw. verstärkt wurde. Es bestätigt sich die Erkenntnis, dass das Kapital und seine Verwalter, die stets nach mehr Profit und Herrschaft streben, keine andere Grundlage für die Verteilung der Welt und ihrer Reichtümer als Kapital und Macht (Vormacht und Herrschaft) kennen.

Das staatsmonopolistische Stadium des Kapitalismus bedingt die Verschärfung des Kampfes um die Neuverteilung aller Quellen des Profits und damit

die Verschärfung des Konkurrenzkampfes, der die Beseitigung des Konkurrenten oder zumindest seiner Konkurrenzfähigkeit zum Ziel hat. „Denn unter dem Kapitalismus ist für die Aufteilung der Interessen- und Einflusssphären, der Kolonien usw. keine andere Grundlage als die Stärke der daran Beteiligten, ihre allgemeinwirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Stärke, nicht denkbar.“² Die Entfesselung des zweiten Weltkrieges bestätigt, dass friedliche Bündnisse zwischen den imperialistischen Mächten, ihren Koalitionen „... notwendigerweise nur ‘Atempausen’ zwischen Kriegen – gleichviel, in welcher Form diese Bündnisse geschlossen werden, ob in der Form einer imperialistischen Koalition gegen eine andere imperialistische Koalition oder in der Form eines allgemeinen Bündnisses aller imperialistischen Mächte (sind). Friedliche Bündnisse bereiten Kriege vor und wachsen ihrerseits aus Kriegen hervor, bedingen sich gegenseitig, erzeugen einen Wechsel der Formen friedlichen und nicht friedlichen Kampfes auf ein und demselben Boden imperialistischer Zusammenhänge und Wechselbeziehungen der Weltwirtschaft und Weltpolitik.“³

Kriegsideologie greift um sich und verdrängt Aufklärung und Humanismus

Die Geschichte der Außenpolitik des deutschen Imperialismus liefert für diese Erkenntnisse ausreichend Beweise. Eine der zentralen Thesen, in denen das Bestreben des deutschen Monopolkapitals zum Ausdruck kommt, ist die Forderung nach der „Neuordnung Europas“, die stets sowohl wiederkehrender Vorwand als auch konstante Zielsetzung deutscher Expansionspolitik war und es geblieben ist!

Schon die Gründung des Deutschen Reiches (1870/1871) erfolgte im Sinne der „Neuordnung“. Sie erfolgte im Gefolge eines Eroberungskrieges!

Eines der schlimmsten Ergebnisse, die die undemokratische Einigung Deutschlands schon damals mit sich brachte, war die Stärkung des preußisch-deutschen Militarismus. Die Armee wurde zu einer zentralen Institution der Gesellschaft und des Staates. Die militaristische Kriegsideologie wurde entwickelt und nahm zunehmend eine zentrale Stelle im geistigen Leben der Gesellschaft ein.

Der damals einflussreiche Adolf Lasson erklärte in seiner Schrift „Das Culturideal und der Krieg“ (1868) den Krieg für ein „Fundamentalinstitut des Staates“ (S. 18) und den Nationalhass als „sittliche Notwendigkeit“ (S. 42) und postulierte: „in dieser Welt der Realitäten ist kein Raum für ewigen Frieden“ (S.68), um dann 1871 in seiner Schrift „Princip und Zukunft des Völkerrechts“ ausdrücklich den juristischen und verbindlichen Charakter des Völkerrechts zu leugnen.

²W.I. Lenin, Werke, Bd. 22. S.300

³Ebenda, S. 301

Solche Gedankengänge entwickelte auch Heinrich von Treitschke und erklärte: Ist „diese Zeit von Eisen, so bleibt es auch eine Notwendigkeit für die Gesittung der Welt, daß eine Nation bestehe, die neben dem Idealismus der Wissenschaft zugleich den Idealismus des Krieges behüte... Und dies ist Deutschlands herrlicher Beruf.“⁴ In diesem Geiste wurde die Einheit Deutschlands schon damals herbeigeführt.

Dieses Denken sollte geistiges Substrat bei der Züchtung des Militarismus in Deutschland und bei der Vorbereitung und Entfesselung von Kriegen, darunter der zwei verheerenden Weltkriege, werden. Es ist Ausdruck des Verfalls des bürgerlichen Denkens in die Apologetik, mit all den negativen Konsequenzen. Es ist das Denken einer alt gewordenen Zeit, der Epoche des Imperialismus. Der politische Zerfall wird vom ideologischen Verfall begleitet. Sowohl in der Sphäre der Ideologie des Reformismus wie der Ideologie des liberalen Bürgertums machen sich ideologische Konstruktionen breit, die das wahre Wesen der vom Imperialismus geprägten Wirklichkeit verkleistern.

Durch die Schaffung des dazugehörigen Instruments in Gestalt des einheitlichen kapitalistischen Staates und einer den Zielen entsprechenden ideologisch-politischen Atmosphäre wurde eine Grundlage geschaffen, die es erlaubte, dass mit dem beginnenden imperialistischen Zeitalter die deutschen Monopolkapitalisten und Junker den Kampf um einen „Platz an der Sonne“, den Kampf um Absatzmärkte und Rohstoffe gegen ihre imperialistischen Konkurrenten aufnahmen, bis zum ersten Weltkrieg treiben konnten und damit in den zweiten Weltkrieg gingen.

Mit der Entwicklung des zu spät gekommenen deutschen Imperialismus wurde auch das politische Denken, das geistige Leben der Gesellschaft zum Abbild einer alternden und alt gewordenen Zeit. Es entwickelt sich als Gegenstück zum Friedensdenken (Kant), zu jenem bürgerlichen Denken, das noch gesellschaftliche Entwicklung und Verantwortung sowie menschliche Solidarität aufgedeckt und begründet hat. Vorherrschend und bestimmend für das geistige Leben wurden diejenigen reaktionären ideologischen Positionen, die für die Begründung der Stabilisierung und Ausweitung der bestehenden Macht und besonders aggressiven Politik des Kapitals einsetzbar waren. In diesem Sinne forderte die damalige Politik durch Bernhard von Bülow, Staatssekretär im Auswärtigen Amt und von 1900 bis 1909 Reichskanzler, in einer Reichstagsdebatte (6. Dezember 1897): „... wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen unseren Platz an der Sonne“. Damit charakterisierte er die Expansionsbestrebungen des deutschen Imperialismus, den auf der Grundlage der ungleichmäßigen Entwicklung der kapitalistischen Länder sich immer stärker entfaltenden Drang der herrschenden Kreise Deutschlands, gewaltsam eine Neuaufteilung der Welt zu

⁴Preußische Jahrbücher, 26. Band, 1870, S. 243

erzwingen. Diese Positionierung der Regierung zeigt, dass der zu spät gekommene deutsche Imperialismus bereits frühzeitig, gestützt auf staatliche Macht und mit staatlichem Instrumentarium seine Expansion in den verschiedenen Formen, mit „friedlichen“ wie auch militärischen Mitteln forcierte. Diese Entwicklung führte gleichzeitig zur Verschärfung der Gegensätze zwischen Deutschland und den anderen imperialistischen Mächten, häufte Zündstoff an, der sich dann im ersten Weltkrieg entlud.

Streben nach „Neuordnung“ erwächst aus den Interessen des deutschen Kapitals und richtet sich besonders gegen Russland

Bereits im Jahre 1893 wurde in einer Publikation zur strategischen Fragen der Außenpolitik als „die nächste Aufgabe unserer Diplomatie“ genannt, „alle Staaten West- und Mitteleuropas zu einem gemeinsamen Unternehmen gegen Russland zu vereinigen“.⁵ Friedrich Ratzel entwickelte zu gleicher Zeit den Begriff vom Lebensraum, dessen Schaffung er als permanenten Kampf definierte. Der Kompass der Germanen zeige nach Osten!

Die Forderung bedeutete von Anfang an Gebietsanspruch. Sie diente als Argument zur Rechtfertigung der territorialen Expansionsbestrebungen. Noch vor dem ersten Weltkrieg mündete sie in der Forderung nach Lebensraum im Osten!

Das Interesse des deutschen Monopolkapitals und seiner Regierungen an einer „Zerlegung“ von Staaten in Ost- und Südosteuropa, die die deutsche Vorherrschaft garantieren sollte und soll, hat also eine lange Tradition und wird in Vorbereitung des zweiten Weltkrieges und auch nach 1990 erneut in die Praxis umgesetzt (Russland, Sowjetunion, Jugoslawien, Russland, Ukraine . . .).

Der Versuch des deutschen Imperialismus, mit militärischen Mitteln im ersten Weltkrieg die Herrschaft in Europa zu erlangen, scheiterte. Die Monopolvertreter veränderten daher in der Zeit der Weimarer Republik die Formen der Verwirklichung ihrer Expansionsbestrebungen, jedoch nicht die grundsätzliche Zielstellung. Das eigene Herrschaftsgebiet soll ökonomisch zum „Großraum“ und politisch zu „Europa“ erweitert werden. „Ergänzungsräume“ sind Afrika und Asien.

Hjalmar Schacht, Reichsbankpräsident, Wirtschaftsminister und Wegbereiter des Faschismus in Deutschland, in Nürnberg als Hauptkriegsverbrecher angeklagt, aber freigesprochen, der bis zu seinem Tode 1970 in der Bundesrepublik lebte, stellte am 7. Dezember 1930 die einfache Forderung auf: „Gebt dem deutschen Volk wieder Lebensraum in der Welt“. Und Reichskanzler Heinrich Brüning sprach am 8. Juli 1930 bei der Formulierung der Antwort auf den Europaplan des französischen Ministerpräsidenten Aristide Briand davon, dass

⁵Carl Jentsch, Weder Kommunismus noch Kapitalismus, Leipzig 1893, S. 412

Deutschland ausreichend Lebensraum brauche: „Seine Voraussetzungen für eine gerechte und dauerhafte Ordnung Europas, in dem Deutschland seinen ausreichenden natürlichen Lebensraum haben müsse, seien klarzulegen.“⁶

Bei so viel Übereinstimmung zwischen Wirtschaft/Banken und Politik bedurfte es nur noch eines Ausführenden.

Faschisten als Vollstrecker der Ziele des deutschen Imperialismus

Mitte der 1920er Jahre entwickelte Hitler in seinem „Mein Kampf“ in einem besonderen Kapitel über Ostorientierung oder Ostpolitik ausführlich seine Lebensraumpläne und bot sich als Vollstrecker der Pläne des deutschen Monopolkapitalismus an. Er rief dazu auf, dem deutschen Volk den „ihm gebührenden Grund und Boden auf dieser Erde zu sichern“. Weiter hieß es: *„Damit ziehen wir Nationalsozialisten bewußt einen Strich unter die außenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit. Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrzehnten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Russland und die ihm untertanen Randstaaten denken.“* Man wollte eine „Neuordnung“ Europas auf der Grundlage angeblicher Gesetzmäßigkeiten von „Rasse“, „Boden“ und „Raum“. In einer in Rosenbergs Russland-Akte enthaltenen Denkschrift vom 2. April 1941 über die Ziele und Methoden der deutschen Besetzung weiter Teile der Sowjetunion wird die Frage erörtert, ob die Besetzung der UdSSR von rein militärischen bzw. wirtschaftlichen Notwendigkeiten bestimmt werden oder ob für die Ausdehnung der Besetzung auch schon politische Gründe für eine künftige Gestaltung der Gebiete mitbestimmend sind. Ausgehend von „der Bevölkerungskarte Russlands“ wurden „folgende nationale oder geographische Einheiten“ vorgesehen:

- Großrussland mit Moskau als Zentrum,
- Weißrussland mit Minsk bzw. Smolensk als Hauptstadt,
- Estland, Lettland und Litauen,
- Ukraine und die Krim mit Kiew als Zentrum,
- das Dongebiet mit Rostow als Hauptstadt,
- das Kaukasusgebiet,

⁶Zitiert nach: de.wikipedia.org/wiki/Lebensraum

- Russisch-Mittel-Asien oder Russisch-Turkestan. ⁷

Verdummung der Bevölkerung durch geistige Manipulierung

Weite Teile der deutschen Bevölkerung ließen sich in diese Zielsetzung einbinden. Der um sich greifende Nationalismus, Rassismus, Chauvinismus, Antikommunismus, Antisemitismus trugen gleichzeitig dazu bei, die sozialen Forderungen so zu neutralisieren, dass das Aufbrechen der inneren Widersprüche weitgehend vermieden werden konnte.

Um möglichst viele skeptische Deutsche in das Expansionsprogramm zu integrieren, wurde die „Neuordnung Europas“ als besondere deutsche Verpflichtung dargestellt. Ziel sei die Befreiung der in Europa unterdrückten Völker sowie die Verbreitung wirtschaftlichen und politischen Fortschritts. Die „Neuordnung Europas“ diene nur und ausschließlich dem Frieden, hieß die immer wieder aufgelegte Melodie.

Intern sprachen die Faschisten offen davon, die eingeborene Bevölkerung in den annektierten Gebieten zu „entfernen“, um „den dadurch freigewordenen Grund und Boden“ an die arische Bevölkerung übergeben zu können. Der Rassismus wurde von Etappe zu Etappe stärker. Die angeblichen Gesetzmäßigkeiten von „Rasse“, „Boden“ und „Raum“ erfaßten immer größere Teile der deutschen Bevölkerung.

Das Vorgehen bei der Umsetzung der besonderen Aggressivität des deutschen Imperialismus und der lügenhafte Charakter der dazu gehörigen Propaganda geht sehr deutlich aus den Ausführungen Hitlers während einer Beratung mit Rosenberg, Lammers, Keitel, Göring am 16.07.1941 zum Thema „Der Krieg im Osten“ hervor, die im Protokoll festgehalten wurden.

„Wesentlich“ sei es nun, „dass wir unsere Zielsetzung nicht vor der ganzen Welt bekanntgeben“. „Wir werden also wieder betonen, dass wir gezwungen waren, ein Gebiet zu besetzen, zu ordnen und zu sichern; im Interesse der Landeseinwohner müßten wir für Ruhe, Ernährung, Verkehr usw. usw. sorgen; deshalb unsere Regelung. Es soll also nicht erkennbar sein, daß sich damit eine endgültige Regelung anbaut! Alle notwendigen Maßnahmen – Erschießen, Aussiedeln etc. – tun wir trotzdem und können wir trotzdem tun. Wir wollen uns aber nicht irgendwelche Leute vorzeitig und unnötig zu Feinden machen. Wir tun also lediglich so, als ob wir ein Mandat ausüben wollten. Uns muß aber dabei klar sein, dass wir aus diesen Gebieten nie wieder herauskommen.

Demgemäß handelt es sich darum:

- *Nichts für die endgültige Regelung zu verbauen, sondern diese unter der Hand vorzubereiten;*

⁷Der Nürnberger Prozeß, Bd. II, Berlin 1960, S. 257

- *wir betonen, dass wir die Bringer der Freiheit wären ...“*

„...Grundsätzlich kommt es also darauf an, den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können.“⁸

Weiter führte er aus:

„Grundsätzliches: Die Bildung einer militärischen Macht westlich des Urals darf nie wieder in Frage kommen und wenn wir hundert Jahre darüber Krieg führen müßten. Alle Nachfolger des Führers müssen wissen: die Sicherheit des Reiches ist nur dann gegeben, wenn westlich des Ural kein fremdes Militär existiere; den Schutz dieses Raumes vor allen eventuellen Gefahren übernimmt Deutschland. ... Auch wenn wir einzelne Gebietsteile jetzt schon abteilen, immer müssen wir als Schützer des Rechts und der Bevölkerung vorgehen. Demgemäß seien die jetzt notwendigen Formulierungen zu wählen; wir sprechen nicht von einem neuen Reichsgebiet, sondern von einer durch den Krieg notwendigen Aufgabe“⁹ In diesem Sinne wurde eine systematische geistige Manipulierung der Bevölkerung durchgeführt, um ihr Denken in das monopolkapitalistische Herrschaftssystem zu integrieren. Und sie im Sinne der aggressiven Politik des deutschen Imperialismus auszurichten. Ideologischer Hauptinhalt war der Antikommunismus, der Antisemitismus und die Fremdenfeindlichkeit.

Konzentration und Zentralisation der Mittel zur geistigen Manipulierung

Die materielle Grundlage der geistigen Manipulierung war damals schon die zunehmende Konzentration und Zentralisation der Massenkommunikationsmittel und von Institutionen, die das geistige Leben unter der Anleitung und Kontrolle der aggressivsten Teile des Monopolkapitals beeinflusst haben. Diese Einrichtungen haben damals schon, genau so wie die Bildungsinstitutionen usw. das Ziel verfolgt, das Denk- und Urteilsvermögen von Millionen Menschen systematisch in die Bahnen politischer Vorstellungen der reaktionärsten Kräfte des Monopolkapitals zu lenken und einzuzwängen, Menschen zu formen, die die Pseudoideale (“Werte”) des wirtschaftlichen und politischen Systems des imperialistischen Systems als die ihrigen ansehen und sich für die imperialistische Politik missbrauchen lassen. Dabei soll sowohl die geistige Manipulierung als auch die daraus erwachsende Handlungsweise des Einzelnen als frei getroffene Entscheidung erscheinen – bis hin zur Bereitschaft, das eigene Leben im Krieg für die Ziele des reaktionären Monopolkapitals einzusetzen. Dieses Vorgehen

⁸Der Nürnberger Prozeß, 4. Auflage, Berlin 1960, Bd. II, S. 101

⁹Ebenda, S. 102

ist nicht an bestimmte Phasen der Entwicklung und Politik des Imperialismus gebunden, es erweist sich als ein charakteristisches Merkmal des Systems!

Zu diesem Zweck wurden die Medien und die Bildungs- und anderen Einrichtungen zur Massenbeeinflussung systematisch zu Dienstleistungsunternehmen der Monopolbourgeoisie entwickelt und als solche gefördert. Charakteristisch dabei: sie wurden nicht nur zur Abwehr der Gefahren für das kapitalistische System und für den Faschismus, sondern zunehmend zur offensiven Errichtung und Sicherung der Diktatur des Finanzkapitals und seiner Politik unterhalten.

Auf dieser Grundlage konnte durch die Herrschenden auch der Massenterror als ein Hauptelement des Faschismus entwickelt und praktiziert. Massendemagogie rechtfertigte Massenterror und bildeten eine Einheit.

Antisowjetismus und Antikommunismus der Westmächte

Das faschistische Deutschland konnte seine Innen- und Außenpolitik verfolgen, weil sie von den anderen imperialistischen Großmächten in der Hoffnung geduldet und sogar gefördert wurde, sie in antikommunistischem Sinne gegen die Sowjetunion einsetzen zu können.

Zwischen den kapitalistischen Staaten bildete sich schon in den zwanziger und dreißiger Jahren ein neues ökonomisches, politisches und militärisches Kräfteverhältnis heraus, das mit der von den imperialistischen Siegermächten 1918 vorgenommenen Aufteilung der Welt nicht mehr übereinstimmte. Der Kampf zwischen ihnen nahm infolge der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Länder und der die inneren und internationalen Widersprüche des Kapitalismus verschärfenden allgemeinen Krise des Systems nach dem ersten Weltkrieg immer heftigere Formen an.

Obwohl sich die konkreten Pläne der Regierungen der verschiedenen imperialistischen Mächte, die sich immer stärker in zwei Gruppierungen spalteten, voneinander unterschieden, bildeten diese Regierungen ein Lager, das Lager der imperialistischen Reaktion und der Aggression, des Kampfes gegen die Sowjetunion und gegen den gesellschaftlichen Fortschritt.

Eine besonders aktive Kriegspolitik betrieben die faschistischen Staaten unter der Führung der reaktionärsten Kreise des Monopolkapitals. Zu ihnen zählten außer Deutschland vor allem Japan und Italien, die 1918/19 bei der Neuaufteilung der Kolonien und der Absatz- und Rohstoffmärkte benachteiligt worden waren.

Die Imperialisten der USA, Großbritanniens und Frankreichs, die nach dem ersten Weltkrieg ihren Machtbereich erweitert und zahlreiche Länder ihrem ökonomischen und politischen Einfluss unterworfen hatten, strebten aber nicht nur danach, ihre Besitzungen vor den faschistischen Konkurrenten zu sichern, sondern auch nach der Vergrößerung ihrer eigenen Macht- und Einflussgebiete.

Die Situation in der kapitalistischen Welt wurde äußerst schwierig, als Ende der 1920er Jahre die Weltwirtschaftskrise einsetzte, die in ihrer Tiefenwirkung und zerstörenden Kraft dazu beitrug, dass sich alle Widersprüche des Kapitalismus jäh verschärften. Sie beschleunigte den Zerfall des Systems von Versailles und Washington und den Ausbruch eines neuen Weltkrieges.

Zwischen den beiden imperialistischen Mächtegruppen begann ein neuer Kampf um die Aufteilung der Welt. Der Imperialismus als gesellschaftliches System war der Humus für die Schaffung der Bedingungen, die zum zweiten Weltkrieg führten!

Das faschistische Deutschland nutzt die Bedingungen

Das faschistische Deutschland hat von Anfang an kein Geheimnis aus seinen Plänen gemacht. Hitler formulierte in seinem Buch „Mein Kampf“ ganz unverblümt:

*„Wollte man in Europa Grund und Boden, dann konnte dies im großen und ganzen nur auf Kosten Russlands geschehen, dann musste sich das neue Reich wieder auf die Straße der einstigen Ordensritter in Marsch setzen.“*¹⁰

Er entwickelte und verwirklichte seine Vorstellungen vom Lebensraum in Anlehnung an Friedrich Ratzel und gestützt auf die deutsche Industrie und Banken. Vom Alldeutschen Verband, der schon bei seiner Gründung (1891) erklärte, *„der alte Drang nach Osten soll wiederbelebt werden“*, übernahm er die Forderung nach Expansion nach Osten und nach Eroberung neuen Lebensraumes. Hjalmar Schacht, Reichsbankpräsident und Wirtschaftsminister sowie wichtiger Wegbereiter des Faschismus in Deutschland gab den Faschisten schon 1930 auf den Weg: *„Gebt dem deutschen Volk wieder Lebensraum in der Welt“*.

Den Ausweg aus der politischen und ökonomischen Krise erblickte das Monopolkapital in der beschleunigten Aufrüstung, in der Militarisierung der Politik und des gesamten gesellschaftlichen Lebens und in der Entfaltung eines neuen Krieges in Europa.

Die Hauptgefahr ging dabei vom faschistischen Deutschland und vom aggressiven faschistischen Block aus, die zielgerichtet auf einen Krieg um die Welt Herrschaft und die Schaffung der räuberischen „neuen Ordnung“ hinarbeiteten. In diesem Rahmen führten sie von 1931 bis 1939 eine Kette „lokaler“ Kriege. In ihnen sollten:

- die demokratische Bewegung in einzelnen Ländern abgewürgt
- kleine Länder unterjocht,

¹⁰A. Hitler, Mein Kampf, München 1942, S. 154

- günstige Bedingungen für den Kampf zwischen den imperialistischen Blöcken und
- vor allem für die baldige Aggression der imperialistischen Staaten gegen die Sowjetunion geschaffen werden.

Diese Kette beginnt 1931 mit dem Einbruch Japans in Nordostchina. Sie wird durch den japanisch-chinesischen Krieg fortgesetzt. Eines ihrer Glieder ist der italienische Überfall auf Abessinien von 1933. Besonders hervorzuheben sind die Ereignisse des Jahres 1936, als italienische und deutsche Faschisten in Spanien einfielen.

Auf die Verwirklichung der genannten Ziele hinweisend muss auch hervorgehoben werden, dass die von den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs betriebene Politik der „Nichteinmischung“ und der „Neutralität“ im Grunde nur die Aggression förderten, indem sie die Kräfte förderten, die bewusst Kurs auf einen neuen großen Krieg nahmen. Die herrschenden Kreise der Westmächte, insbesondere die USA-Monopolisten, begünstigten und unterstützten das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus und versuchten, seinen Expansionsdrang nach dem Osten, gegen die Sowjetunion zu lenken. Das war der Sinn der berüchtigten Befriedungspolitik, die von den Westmächten gegenüber Deutschland, Italien und Japan betrieben wurde.

Deshalb duldeten sie die Aggressionspolitik Deutschlands und auch die der japanischen und italienischen Imperialisten und lieferten den Faschisten mehrere Länder aus. Andererseits versuchten die britische und die französische Regierung durch die Einleitung von politischen und militärischen Verhandlungen mit der Sowjetunion im Frühjahr und Sommer 1939 ihre Völker zu beschwichtigen und die UdSSR politisch und diplomatisch zu isolieren. Gleichzeitig wollten sie damit einen Druck auf das faschistische Deutschland ausüben. Sie wollten die Sowjetunion einseitig binden und sie in einen Krieg mit Deutschland schieben. An dem verräterischen Doppelspiel scheiterten schließlich die Verhandlungen.

Schwierige Lage für die Sowjetunion

Die Gefahr einer vollständigen Isolation wurde für die Sowjetunion durch die japanischen Kriegsprovokationen im Fernen Osten verstärkt.

Angesichts der sich im Sommer 1939 besonders drastisch zeigenden feindseligen Haltung der Westmächte und der erhöhten Kriegsgefahr im Fernen Osten sah sich die Sowjetunion gezwungen, am 23.8.1939 den von Deutschland vorgeschlagenen Nichtangriffspakt anzunehmen.

In einer Unterredung mit dem französischen Botschafter am 23. August 1939 betonte der sowjetische Außenminister, dass die sowjetische Regierung die Berliner Vorschläge erst dann angenommen habe, als sie sich davon überzeugt hatte,

dass bei den englisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen nichts Positives zu erreichen war. Die sowjetische Regierung durchschaute das englisch-französische Doppelspiel und durchkreuzte mit dem Abschluss dieses Vertrages die Intrigen der Westmächte,

- eine antisowjetische Einheitsfront zu schaffen,
- verhinderte die völlige außenpolitische Isolierung der Sowjetunion und
- gab ihr noch knapp zwei Jahre Verschnaufpause, die für den weiteren Aufbau der Volkswirtschaft und der Stärkung der Streitkräfte genutzt werden konnten.¹¹

Die Sowjetunion befand sich in einer außerordentlich komplizierten Lage, die militärstrategische, ökonomische und politische Ursachen hatte: Auch die zeitweiligen politischen und militärisch-strategischen Fehleinschätzungen J.W. Stalins, der während des Krieges Hervorragendes bei der Führung des Verteidigungskampfes der Sowjetunion, bei der Zerschlagung des Faschismus und in der Antihitlerkoalition geleistet hat, verstärkten die Schwierigkeiten der Sowjetunion. Trotz deutlicher Anzeichen und trotz verschiedener Warnungen schlossen J.W. Stalin und seine nächsten Mitarbeiter die Möglichkeit einer faschistischen Aggression im Sommer 1941 aus. I. W. Stalin glaubte offensichtlich daran, dass es ihm gelingen würde, den Beginn des Krieges Hitlerdeutschlands gegen die UdSSR mit politischen und diplomatischen Mitteln zu torpedieren. Das führte zu unrichtigen Entscheidungen – nicht nur auf dem Gebiet der Landesverteidigung.

Angesichts der faschistischen Aggression mobilisierte die KPdSU(B) das ganze Sowjetvolk und führte es unter den Losungen „Alles für die Front, alles für den Sieg!“ und „Alle Kräfte für die Zerschlagung des Feindes!“ in den Vaterländischen Krieg.

Die Sowjetunion verfolgte konsequent eine Politik, die sich davon leiten ließ:

- Befreiung der Sowjetunion, des ersten sozialistischen Staates der Welt, vom Faschismus,
- Unterstützung der Völker Europas in ihrem Kampf von der faschistischen Versklavung,
- vollständige und endgültige Vernichtung des deutschen Faschismus und Militarismus, der Hauptkraft der Weltreaktion,

¹¹Vergleiche: Geschichte der Außenpolitik der Sowjetunion 1917-1945, 1. Teil, S. 425, Berlin 1969

- Schaffung von Voraussetzungen für die friedliche, freie und fortschrittliche Entwicklung der Völker.

Diese Ziele stimmten vollkommen mit den Interessen aller Völker, darunter auch den Lebensinteressen des deutschen Volkes überein.

Nach harten und verlustreichen Kämpfen ist die Sowjetarmee nach anfänglichen Niederlagen zur Gegenoffensive übergegangen. Ihr Sieg bei Stalingrad leitete den grundlegenden Umschwung im zweiten Weltkrieg ein. Er zeugte davon, dass sich das militärische und wirtschaftliche Kräfteverhältnis zugunsten der von der UdSSR geführten Antihitlerkoalition geändert hatte. Bis Herbst 1942 war eine gut funktionierende und starke Kriegswirtschaft geschaffen worden. Die Völker der Sowjetunion folgten dem Aufruf der Kommunistischen Partei. Ihr opferreicher Kampf warf alle Pläne und Berechnungen der faschistischen Eroberer und ihrer Inspiratoren über den Haufen.

Der zweite Weltkrieg wurde zum großen Kampf der Völker gegen die Hauptstoßkräfte der imperialistischen Reaktion. Seine Geschichte ist deshalb nicht nur die Geschichte der einzelnen militärischen Operationen. Die Völker führten an der Seite der Sowjetunion, die die Hauptlast im Kampf um die Zerschlagung des Faschismus trug, den gewaltigsten Befreiungskrieg der Weltgeschichte.

Der Kampf der Völker an der Seite der Sowjetunion gegen faschistische Herrschaft

In Deutschland war es den Volksmassen 1918/19 nicht gelungen, den Militarismus als System zu vernichten. So bildete dieser auch weiterhin ein wichtiges Vehikel des deutschen Monopolkapitals für seine antikommunistische, antidemokratische und revanchistisch-expansionistische Politik. Die faschistische Herrschaft stellte eine logische Fortsetzung dieser Entwicklung dar. Sie beruhte auf einem zum System erhobenen Ausnahmezustand der Vernichtung der bürgerlichen Demokratie und bestand aus einem bestialischen Terror gegen alle fortschrittlichen Kräfte. 1939 waren schon über 300.000 Antifaschisten in Zuchthäusern und Konzentrationslagern eingekerkert.

Um die Arbeiterbewegung zu zerschlagen und den Widerstand der Werktätigen gegen Militarismus und Krieg zu brechen, verboten die Faschisten die KPD und später auch die Gewerkschaften und die SPD sowie alle anderen proletarischen und demokratischen Bewegungen. Sie errichteten Konzentrationslager für alle aktiven Antifaschisten und verhängten über jede antifaschistische Tätigkeit härteste Strafen.

Das Schafott, die KZs und die Gestapo wurden zu Symbolen eines Regimes, das sich nach der Knebelung des eigenen Volkes anschickte, den Kriegsbrand zu entfachen und mit verbrecherischen Mitteln den bewaffneten Kampf um die

Weltherrschaft zu beginnen. Nach außen fand diese Politik der reaktionärsten Kräfte des deutschen Kapitals seine Fortsetzung in der Politik der Aggression und der Unterdrückung fremder Völker.

Als Antwort auf die Politik des faschistischen Deutschland und seiner Verbündeten trat der Kampf der friedlichen Volksmassen mit dem 2. Weltkrieg in ein neues Stadium ein. In der ganzen Welt waren die Kräfte erstarkt, die entschlossen waren, gegen die Unterdrückung und für friedliche Lebensbedingungen zu kämpfen. Dies geschah unter Bedingungen, die gezeigt haben, dass die (nationale) Bourgeoisie unfähig war, den nationalen Widerstand zu organisieren und zu führen.

Die faschistische „Neuordnung Europas“

Der Aggression in Westeuropa folgte der Krieg des faschistischen Deutschland auf dem Balkan. Nachdem Polen und die Tschechoslowakei zerschlagen war, marschierten faschistische Truppen in Rumänien, Bulgarien Griechenland und Jugoslawien ein. Die Regierungen kapitulierten, die Völker aber nicht. Ihr Kampf gegen die faschistischen Okkupanten und Kollaborateure wuchs in antifaschistische (nationale) Befreiungskämpfe hinüber.

Der Eintritt der Sowjetunion in den Krieg verlieh den vom Faschismus unterdrückten und bedrohten Völker neue Kraft, verlieh diesem konkretere Ziele mit verstärkter Schlagkraft, gab ihnen weiteren Auftrieb.

Wesen und das Ziel der durch den Faschismus verfolgten „Neuordnung“ war die Herstellung und Sicherung der Hegemonie des deutschen Monopolkapitals in Europa. Sie sollte die räuberische Aktion des deutschen Imperialismus gegen die UdSSR vorbereiten und entsprechende Voraussetzungen für seinen Kampf um die Weltherrschaft schaffen.

Auf politischem Gebiet bedeutete die „Neuordnung Europas“

- die direkte Annexion ehemals souveräner Staaten,
- die Errichtung reaktionärer, terroristischer Regime in den okkupierten Ländern
- und die Schaffung von Vasallenstaaten mit totalitären Regierungen.

Die bürgerlichen und demokratischen Rechte in diesen Ländern wurden beseitigt und die Arbeiterbewegung sowie die demokratischen Bewegungen wurden unterdrückt. Die Faschisten überzogen Europa mit einem Netz von Gefängnissen und Zuchthäusern, Konzentrations- und Vernichtungslager. Millionen Menschen der verschiedenen Nationalitäten, besonders Juden und Slawen, wurden gequält und vernichtet.

Auf ökonomischem Gebiet bedeutete die „Neuordnung Europas“ die Beherrschung der europäischen Wirtschaft durch die führenden deutschen Monopolverbände. Das deutsche Monopolkapital beutete diese Länder rücksichtslos aus. Der Raubzug fügte den europäischen Völkern ungeheure Schäden zu.

Auf ideologischem Gebiet bedeutet die „Neuordnung Europas“ die Verbreitung des menschenfeindlichen nazistischen Gedankenguts in Europa. In okkupierten Ländern wandten die deutschen Faschisten und ihre Helfershelfer neben dem Terror auch die nationale und soziale Demagogie an, mit deren Hilfe die Völker auch geistig geknechtet wurden. Der Inhalt der Propaganda waren der Antikommunismus, der Militarismus, der Rassismus und die wahnsinnige Idee von der Weltherrschaft des deutschen Monopolkapitals. Gleichzeitig begannen die Faschisten mit der Ausrottung der progressiven nationalen geistigen Werte und humanistischen Traditionen, mit der Unterdrückung der nationalen Traditionen und Sprachen der europäischen, besonders der slawischen Völker und der Juden.

Den imperialistischen Charakter der „Neuordnung Europas“ entlarvte das ZK der KPD Anfang Juni 1940 mit den Worten: *„Der Plan der Schaffung eines ‘neuen Europas’ ... läuft auf nichts anderes hinaus, als über ganz Europa die Herrschaft des deutschen Imperialismus zu errichten, den unterworfenen und abhängigen Völkern reaktionäre, volksfeindliche totalitäre Regierungen aufzuzwingen, die seine willfährigen Werkzeuge sind. Ein solches ‘neues Europa’ wäre ein Europa mit entrechteten, versklavten Arbeitern und Bauern, ein Europa der Not, des Elends, des Hungers der werktätigen Massen.“*¹²

Diese imperialistische Politik, ihr Charakter wurden von ihren Autoren schon damals nach Möglichkeit nie offen dargelegt. In einer Besprechung Hitlers mit Rosenberg, Lammers, Keitel und Göring erläuterte Hitler das Vorgehen der deutschen Politik und Propaganda wie folgt: *„Wesentlich sei es nun, dass wir unsere Zielsetzung nicht vor der ganzen Welt bekanntgäben. (...) Derartige Erklärungen seien überflüssig, denn soweit unsere Macht reiche, könnten wir alles tun und was außerhalb unserer Macht liege, könnten wir ohnehin nicht tun. Die Motivierung unserer Schritte vor der Welt müsse sich also nach taktischen Gesichtspunkten richten... Wir werden also wieder (wie in den Fällen Norwegen, Dänemark, Holland und Belgien) betonen, dass wir gezwungen waren, ein Gebiet zu besetzen, zu ordnen und zu sichern; im Interesse der Landeseinwohner müssten wir für Ruhe, Ernährung, Verkehr usw. usw. sorgen; deshalb unsere Regelung. Es soll also nicht erkennbar sein, dass sich damit eine endgültige Regelung anbahn! Alle notwendigen Maßnahmen – Erschießen, Aussiedeln etc. – tun wir trotzdem und können wir trotzdem tun. ... Wir tun also lediglich so, als ob wir ein Mandat ausüben wollten. **Uns** muß aber dabei klar sein, dass wir aus*

¹²Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarhiv, 3/1/2224, Bl.

diesen Gebieten nie wieder herauskommen. Demgemäß handelt es sich darum:

- 1. Nichts für die endgültige Regelung zu verbauen, sonder diese unter der Hand vorzubereiten;*
- 2. wir betonen, dass wir die Bringer der Freiheit wären...*

Grundsätzlich kommt es also darauf an den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können.

*... Auch wenn wir einzelne Gebietsteile jetzt schon abteilen, immer müssen wir als Schützer des Rechts und der Bevölkerung vorgehen. Demgemäß seien die notwendigen Formulierungen zu wählen, wir sprechen nicht von einem neuen Reichsgebiet, sondern von einer durch den Krieg notwendigen Aufgabe (...)*¹³

Mit der fortschreitenden Aggression rückte 1941 der Kampf gegen einen Überfall des faschistischen deutschen Imperialismus und Militarismus auf die UdSSR immer mehr in den Mittelpunkt der Tätigkeit der KPD und der gesamten antifaschistischen Widerstandsbewegung. In einem Flugblatt "Hände weg von der Sowjetunion;" forderte die KPD das deutsche Volk auf, für die Einhaltung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes einzutreten. „Sollte die deutsche Militärmaschine einen Überfall wagen, dann wird der Angreifer von der Roten Armee erbarmungslos geschlagen werden, und das auf seinem eigenen Territorium. Das sollten sich alle Sowjetfeinde merken.“¹⁴

Aufschwung der Befreiungskämpfe

Die erfolgreichen Kämpfe der Roten Armee im Winter 1942/43 wirkten sich auf die gesamte innen- und außenpolitische Lage Hitlerdeutschlands aus. Japan und die Türkei traten nicht, wie beabsichtigt, in den Krieg gegen die UdSSR ein. In Finnland, Italien, Rumänien und Ungarn entwickelte sich eine angespannte innenpolitische Lage. Einflußreiche Kräfte der herrschenden Kreise dieser Länder waren bestrebt, mit Hilfe der Westmächte der unvermeidlichen Niederlage auszuweichen und ihre Machtpositionen zu retten. (nach 1945/heute).

Zwischen dem faschistischen Deutschland und den Satellitenstaaten verschärfen sich die Widersprüche. Die außenpolitische Isolierung Deutschlands nahm zu. Der Kriegsblock der faschistischen Staaten begann zu zerbröckeln. Das internationale Ansehen der SU nahm zu. Davon zeugen vor allem der zunehmende Sympathiekundgebungen für das sowjetische Volk in vielen Ländern sowie die Widerstandskampf der Völker in den okkupierten Staaten, die Forderungen der

¹³Aktenvermerk vom 16 Juli 1941 über eine Besprechung Hitlers mit ..., in: Der Nürnberger Prozeß, Berlin 1960, Bd. II, S. 101/102

¹⁴Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Zentrales Parteiarchiv, NJ-1601/17

Bevölkerung Großbritanniens und der USA nach größeren eigenen Anstrengungen zur Niederwerfung des gemeinsamen Gegners. Die Siege der Sowjetarmee festigten die Antihitlerkoalition. Die Sowjetunion bewährte sich als führende Kraft dieser Koalition. Damit war eine neue internationale Lage entstanden.

In den Ländern stärkte sich die Überzeugung, dass die Niederlage des deutschen Imperialismus unvermeidlich geworden ist, dass die nationalen Interessen der einzelnen Länder am besten an der Seite der Antihitlerkoalition besonders der Sowjetunion wahrgenommen werden können.

Dies führte zu einem Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegungen in Albanien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Italien, Jugoslawien, den Niederlanden, Norwegen, Polen Rumänien, der Tschechoslowakei und Ungarn.

Es entstanden gut organisierte Partisaneneinheiten, die sich in einigen Ländern zu Volksbefreiungsarmeen entwickelten. Auch die anderen Befreiungsbewegungen festigten sich im Kampf gegen die faschistischen Okkupanten und die innere Reaktion.

Auf Initiative der kommunistischen Parteien wurden einheitliche nationale Organisationen und Zentren zur Leitung des antifaschistischen Kampfes, in denen sich breite Schichten der Bevölkerung zusammenfanden, geschaffen. Ihre Ziele stimmten mit dem Anliegen des Kampfes der Sowjetunion überein.

Als führende Kraft des Befreiungskampfes der Völker erwies sich auch in diesem Falle die Arbeiterklasse und die kommunistischen Parteien.

Der Kampf der KPD

In Deutschland erarbeitete das ZK der KPD im „Friedensmanifest an das deutsche Volk und an die deutsche Wehrmacht“ (6. Dezember 1942) eine gründliche Einschätzung der militärischen und politischen Lage und unterbreitete ein Zehn-Punkte-Aktionsprogramm. Es konzentrierte die Aufmerksamkeit aller Hitler- und Kriegsgegner auf die wichtigste Frage, die schnelle Beendigung des Krieges und die Herbeiführung des Friedens. Es forderte den Sturz der Hitler-Regierung und die Bildung einer nationalen demokratischen Friedensregierung. Diese sollte die Kampfhandlungen sofort einstellen, die Wehrmacht unverzüglich nach Deutschland zurückführen und auf alle eroberte Gebiete verzichten. Gleichzeitig forderte das Friedensmanifest für die Zeit nach der Beendigung des Krieges vor allem weitgehende soziale Rechte und demokratische Freiheiten für die Werktätigen, die Sicherung der Existenz der Mittelschichten, die Bestrafung und Enteignung der Kriegsschuldigen, eine Außenpolitik des Friedens und die Zusammenarbeit mit allen Völkern.

Die Ziele und Forderungen des Friedensmanifests waren eine echte nationale Alternative, eine breite politische Plattform, auf der sich die Hitlergegner der

verschiedensten Bevölkerungsschichten, politischen Richtungen und Konfessionen über den gemeinsamen Kampf verständigen und einigen konnten.

In diesem Sinne wurde im Juli 1943 das Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) gegründet, das zum Zentrum der deutschen antifaschistischen Bewegung wurde. Das Komitee beschloss das „Manifest des Nationalkomitees ‘Freies Deutschland’ an die Wehrmacht und das deutsche Volk“. Die Politik des NKFD bestand darin, den Krieg durch den Sturz der Hitlerregierung zu beenden, den Friedensschluss durch Kräfte der Arbeiterklasse, der bürgerlichen Hitleropposition und der Opposition in der Armee herbeizuführen und die Leidenszeit des deutschen Volkes zu verkürzen. Dem Wesen nach wurde auf den revolutionär-demokratischen Kampf für die Beendigung des Krieges und die Herbeiführung des Friedens orientiert. Das Manifest des NKFD umriss darüber hinaus die politische Zielsetzung des antifaschistischen Kampfes sowie die Aufgaben, durch deren Lösung solide Grundlagen für ein demokratisches Deutschland und einen gesicherten Frieden geschaffen werden sollten. Wörtlich hieß es: „Das Ziel heißt: Freies Deutschland. Das bedeutet: Eine starke demokratische Staatsmacht, die nichts gemein hat mit der Ohnmacht des Weimarer Regimes, eine Demokratie, die jeden Versuch des Wiederauflebens von Verschwörungen gegen die Freiheitsrechte des Volkes oder gegen den Frieden Europas rücksichtslos schon im Keim erstickt“¹⁵

Das Manifest des NKWD forderte die Wiederherstellung und Erweiterung der politischen Rechte und sozialen Errungenschaften der Werktätigen, insbesondere die Freiheit des Wortes, der Presse, der Organisation, des Gewissens und der Religion. Ein untrennbarer Bestandteil der tiefgehenden Demokratisierung mußte die restlose Beseitigung aller faschistischen Zwangsgesetze, Einrichtungen und Organisationen sein. Die Opfer des Hitlerregimes waren sofort zu befreien und zu entschädigen. Das neue Deutschland, hieß es weiter im Manifest, werde die Kriegsverbrecher und ihre imperialistischen Hintermänner vor Gericht stellen und schonungslos aburteilen. Den Anhängern der Nazi-Partei, die keine Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben, die sich durch Taten rechtzeitig von Hitler trennen und sich der Bewegung „Freies Deutschland“ anschließen würden, räumte es eine Amnestie ein. Auf ökonomischem Gebiet wurde gefordert: die wirtschaftliche Entmachtung der Kriegsschuldigen und Kriegsgewinnler, das heißt die entschädigungslose Enteignung der Kräfte des Monopolkapitals und des Junkertums, die das Hitlerregime an die Macht gebracht hatten und deren Klasseninteressen es verwirklichte. Damit sollten die ökonomischen Machtgrundlagen des Monopolkapitals endgültig vernichtet und feste wirtschaftliche Grundlagen für die neue demokratische Staatsmacht geschaffen werden. Mit der antimonopolistischen Forderung nach Freiheit der Wirtschaft,

¹⁵Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III: ab 1945, Bd.I, Berlin 1959, S. 5

des Handels und des Gewerbes vertrat das Manifest die wirtschaftlichen Interessen der bürgerlichen Hitleropposition und der Gewerbetreibenden, Handwerker, Geschäftsleute und Bauern

Darüber hinaus verlangte das Manifest die Sicherung des Rechts auf Arbeit und des rechtmäßig erworbenen Eigentums sowie des Handels mit allen Ländern.

Dieser Innenpolitik sollte auch die Außenpolitik des künftigen freien, unabhängigen Deutschlands entsprechen. An Stelle der Aggressions- und Machtpolitik wurde eine Außenpolitik des Friedens und der Freundschaft mit allen Völkern, insbesondere mit den Völkern der UdSSR gefordert.

Das Manifest des NKFD bestätigte die Grundsätze der auf der Brüsseler und der Berner Konferenz der KPD erarbeiteten Strategie und Taktik.

Das Neue bestand darin, dass diese Strategie und Taktik nunmehr zur politischen Grundlinie eines Programms geworden war, auf dessen Grundlage sich die Vertreter der verschiedensten Klassen und Schichten zusammen mit der KPD in einem Bündnis zur Erreichung konkreter Ziele zusammengeschlossen haben. Es wurde die einzige reale deutsche Alternative zum Krieg des faschistischen Deutschland, zur faschistischen Diktatur und zum Imperialismus.

Es stimmte voll und ganz mit den Grundsätzen der Antihitlerkoalition überein, wie sie später im Potsdamer Abkommen vereinbart wurden.

Europaweite Aktionen

Auch in den anderen Ländern wie Albanien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, den Niederlande, Norwegen, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und Ungarn verstärkten die nationalen Befreiungsfronten, in denen die Kommunisten führend tätig waren, den Kampf für die Vernichtung der faschistischen Okkupanten.

In Polen entstand in der Neujahrsnacht 1943/44 der Landesnationalrat als Führungszentrum zur Vereinigung und Mobilisierung aller Kräfte des Volkes gegen die Okkupanten, zu dem die Polnische Arbeiterpartei, der linke Flügel der Polnischen Sozialistischen Partei, Gewerkschaften, Jugendbund, Bauernorganisation „Volkswille“ u.a gehörten. Die illegal operierende Volksarmee wurde verpflichtet, mit allen Mitteln die Sowjetarmee zu unterstützen. Es wurde ein antifaschistisch-demokratisches Programm der nationalen Befreiung vorgelegt.

Nach Ausbruch des Krieges und besonders nach dem Überfall auf die Sowjetunion verstärkte sich die tschechoslowakische Widerstandsbewegung. Auf Initiative der KPC wurde bereits im Herbst 1941 zusammen mit bürgerlichen Kräften der Nationale Revolutionäre Zentralausschuss zur Leitung des Befreiungskampfes gebildet. Danach entstanden die ersten Partisanenabteilungen und die Nationalausschüsse als Führungsorgane der Widerstandsbewegung. Der gemeinsame Kampf gipfelte Anfang April 1945 in der Bildung der Regierung der

Nationalen Front der Tschechen und Slowaken, die auf der Grundlage des Kosi- cer Programms vom 4.4.1945 tätig wurde. Von den 25 Ministern gehörten 8 zu den Kommunisten.

Der Widerstandskampf in Ungarn entwickelte sich unter äußerst komplizierten Bedingungen und konnte nicht das Ausmaß wie in den anderen okkupierten Ländern erreichen. Zu organisierten bewaffneten Aktionen kam es erst nachdem die sowjetischen Truppen einen Teil des ungarischen Territoriums befreit hatten. Die Kommunisten riefen im März 1944 zur Bildung der antifaschistischen Einheitsfront auf. Im April schlossen sich dann mit den Kommunisten die Kleinlandwirtpartei und die Sozialdemokratische Partei sowie später die Nationale Bauernpartei zur Ungarnfront zusammen. Die Führer der Kleinlandwirtpartei und der Sozialdemokraten befolgten aber weiter eine Politik des Abwartens und der Orientierung auf den Westen.

Unmittelbar nach dem Überfall auf die Sowjetunion forderte die Rumänische Kommunistische Partei am 6.9.1941 alle demokratisch und patriotisch gesinnten Kräfte auf, sich für die Freiheit und die Wiedererlangung der nationalen Unabhängigkeit, für die Beendigung des Krieges gegen die Sowjetunion, die Teilnahme Rumäniens am Krieg gegen den Faschismus, für die Einsetzung einer demokratischen Regierung usw. aus. Im Sommer 1943 wurde mit der Ausarbeitung der Pläne für einen bewaffneten Aufstand begonnen. Gleichzeitig wurde die Vaterländische Front gegründet.

In Bulgarien entwickelte sich bereits vor Beginn des zweiten Weltkrieges unter Leitung von Georgi Dimitrov eine zielstrebige Politik zur Verwirklichung der Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Komintern (1935) zur Schaffung der antifaschistischen Volksfront. Nach dem Überfall der deutschen Faschisten auf die Sowjetunion beschloss die Bulgarische Arbeiterpartei bereits am 22.6.1941 Maßnahmen zur Vorbereitung des bewaffneten Kampfes. In der Folgezeit wurde auch die Vaterländische Front gegründet, deren Programm antifaschistische, antiimperialistische und demokratische Forderungen enthielt.

Am 6. April 1941 wurde Jugoslawien ohne Kriegserklärung vom faschistischen Deutschland, Italien und von Horthy-Ungarn überfallen, besetzt und zerstückt. Die KP Jugoslawiens war die einzige Kraft, die in der Lage war, das Volk im Kampf gegen die Okkupanten zu führen und ihm eine klare Perspektive nationaler und sozialer Gerechtigkeit zu geben. Am 12.7.1941 rief die KPJ alle Völker Jugoslawiens auf, sich zum bewaffneten Aufstand gegen die Okkupanten zu erheben. Es wurde auf den Zusammenschluss aller an der Befreiung Jugoslawiens interessierten Kräfte zu einer antifaschistischen Volksbefreiungsbewegung aufgerufen, die unter der Führung der KPJ den aktiven Kampf gegen die Okkupanten und ihre einheimischen Helfer zur nationalen Befreiung führt.

In allen diesen Ländern hat sich entsprechend der Strategie der Kommunistischen Parteien im Verlauf des Befreiungskampfes die antifaschistische Volks-

befreiungsbewegung als Form des Bündnisses aller patriotischen Kräfte herausgebildet. Im allgemeinen gehörten diesen Bewegungen keine Vertreter der Bourgeoisie an. Erst 1944/Anfang 1945 traten ihnen einige Vertreter als Einzelpersonlichkeiten bei. Der Grund besteht vor allem darin, dass der größte Teil der Bourgeoisie durch direkte oder indirekte Zusammenarbeit mit den Okkupanten seine antinationale Haltung fortsetzte, um progressive ökonomische und politische Entwicklungen zu verhindern.

Bewaffneter Kampf an der Seite der Sowjetarmee

Auf Initiative und unter Führung der kommunistischen und Arbeiterparteien der an den Kämpfen des zweiten Weltkrieges teilnehmenden Staaten wurden bewaffnete Kräfte und reguläre Streitkräfte aufgestellt, die in engem Zusammenwirken mit der Sowjetarmee am Kampf gegen die Aggressoren teilnahmen.

Die UdSSR ermöglichte es, auf ihrem Territorium Truppenverbände aus einer Reihe späterer Volksdemokratien aufzustellen. Sie bewaffnete diese Einheiten und bildete sie aus. Mehr als 20.000 sowjetische Offiziere traten auf Wunsch der Regierungen von Ländern Mittel- und Südosteuropas in deren Streitkräfte ein. Im April 1944 formierte sich z.B. aus Anfang 1942 aufgestellten Truppen das 1. Tschechoslowakische Armeekorps. Es kämpfte im Bestand der 1. Ukrainischen Front der Sowjetarmee und umfasste bei Kriegsende 100 000 Mann.

Die auf sowjetischem Territorium geschaffene 1. Polnische Armee kämpfte im Bestand der 1. Belorussischen Front und nahm mit 200 000 Mann auch an der Befreiung Berlins teil. Auf sowjetischem Boden formierte sich die 1. Rumänische Freiwilligendivision. Nach der Befreiung Rumäniens am 23. August 1944 operierten die rumänischen Truppen bis zum 9. Mai 1945 im Bestand der 2. Ukrainischen Front. Zu Kriegsende kämpfte die bulgarische Armee mit etwa 400 000 Mann an der Seite der Sowjetarmee. In den letzten Monaten des Krieges nahmen Tausende von ungarischen Freiwilligen an der Seite der Sowjettruppen an den Kämpfen gegen die faschistischen Eroberer teil. Die jugoslawische Volksbefreiungsarmee verfügte 1943 bereits über 27 Divisionen und kämpfte an der Seite der Sowjetunion gegen die faschistischen Okkupanten und gegen die Verräter.

Umfangreich war das Zusammenwirken von Vertretern vieler Nationen in den Widerstandsbewegungen der verschiedenen Länder. Hier stärkte sich die internationale Solidarität in besonderer Weise. Die Kämpfe in der Widerstandsbewegung stärkten den Zusammenhalt und das gegenseitige Vertrauen der patriotischen Kräfte, die den konzeptionellen Fähigkeiten und dem praktischen und opferreichen Einsatz der Kommunisten besonders hohe Wertschätzung zuteil werden ließen.

Antifaschistisch-demokratische Umgestaltungen

In einer Reihe von Ländern Ost- und Südosteuropas, in Albanien, Bulgarien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, in der Tschechoslowakei und Ungarn, wuchs der Kampf der Völker gegen die faschistische Okkupanten und ihre Kollaborateure der eigenen herrschenden Klassen in volksdemokratische Revolutionen über. Aus dem antifaschistischen Kampf wuchs eine revolutionäre Welle hervor, die für den Charakter der ersten Nachkriegsjahre bestimmend wurde.

Der Kampf selbst hat schon während des Krieges die kommunistischen Parteien als führende Kraft der Gesellschaft in die vorderste Linie des gesellschaftlichen Lebens gerückt., weil sie eine klare Strategie und Taktik besaßen und in der Praxis bewiesen haben, dass die Interessen des Volkes auch ihre Interessen sind. Das Leben selbst hat gezeigt, dass das eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Entstehen einer demokratischen Bewegung und für das Hinüberwachsen der demokratischen Bewegung in sozialistische Richtung ist.

Die KPD und die Parteien in den anderen Länder stellten die Aufgabe, die bürgerlich-demokratische Revolution unter der Führung der Arbeiterklasse zu Ende zu führen, Imperialismus und Militarismus zu vernichten und eine antifaschistisch-demokratische Ordnung in Deutschland bzw. eine revolutionär-demokratische Ordnung in den anderen Ländern zu errichten, die das Wachstum der revolutionären Kräfte und den Zusammenschluss breiter progressiver Volkskräfte um die Arbeiterklasse widerspiegelt und sich in der Herausbildung Volksfront oder Nationalen Front zum Ausdruck kam.

Die KPD und andere Parteien ließen zum Beispiel kein Zweifel offen, dass es sich nicht um eine sozialistische, sondern um eine antifaschistisch-demokratische Ordnung handelt. Die Forderungen zielten dabei darauf ab, den Herrschenden die ökonomischen Machtmittel zu entreißen und die reaktionäre Ideologie, Militarismus und Faschismus mit ihren sozial-ökonomischen Wurzeln zu beseitigen.

Diese demokratische Umwälzung war zwar mit Eingriffen in die bisherigen Eigentumsverhältnisse verbunden, sie richtete sich aber nicht gegen das kapitalistische Eigentum im ganzen, sondern gegen die Machtgrundlagen des aggressiven Monopolkapitals und der Großgrundbesitzer (Junker).

In Deutschland verfolgte die KPD, trotz der unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Besatzungszonen, das Ziel, ganz Deutschland auf den Weg der demokratischen Entwicklung zu führen. Sie wollte die notwendige Auseinandersetzung zwischen den Massen und der Reaktion im offenen demokratischen Kampf austragen und in ganz Deutschland die Einheit demokratisch sichern.

In den anderen volksdemokratischen Staaten ist das gelungen. In Deutschland suchte die Monopolbourgeoisie den Schutz ihrer Besatzer, um eine revolutionäre Umgestaltung zu verhindern und ihre Macht wieder herzustellen.

Während diese Politik der imperialistischen Bourgeoisie nur unter Bruch in-

ternationaler Abkommen zu verwirklichen war, stand die Politik der KPD in völligem Einklang mit den Prinzipien und Zielen der Antihitlerkoalition und den zwischen den Alliierten in Bezug auf Deutschland getroffenen vereinbarungen.

Der Kampf der Kommunistischen Parteien in Westeuropa

Dieses gewachsene Vertrauen in die Kommunisten war in den Jahren des Kampfes gegen den Faschismus beträchtlich angewachsen. In Frankreich war die Zahl der Mitglieder der FKP von 240 000 (1937) auf 900 000 (1945) gestiegen. In Italien waren die Italienische KP und die SPI im Verlaufe des Krieges zu Massenorganisationen geworden. Die IKP zählte zum Beispiel 1,2 Millionen und die SPI erreichte rund 700 000 Mitglieder. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der Mitglieder in diesem Teil des Kontinents von 1.724.000 im Jahre 1939 auf über 5 Millionen

In einigen dieser Länder, so zum Beispiel in Frankreich, Italien, Belgien und Dänemark, waren die kommunistischen Parteien in den ersten Nachkriegsjahren in den Regierungen ihrer Länder vertreten. So konnten unter dem politischen Gewicht der FKP, die seit 1944 an der Regierung beteiligt war und aus den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung im Oktober 1945 als stärkste Partei hervorging, ein Nationalisierungsprogramm in Angriff genommen werden und wesentliche soziale Veränderungen im Interesse der französischen Werktätigen durchgesetzt werden. Solche demokratischen Veränderungen hatten auch in anderen kapitalistischen Staaten Europas ihre Parallelen.

Die starken Positionen kommunistischer Parteien ergaben sich aus ihrem entschlossenen und kompromisslosen Kampf gegen den Faschismus, aus ihrer führenden Rolle in vielen Widerstandsbewegungen, aus ihrem aktiven Einsatz für die Beseitigung der Wurzeln des Faschismus sowie aus der konsequenten Verwirklichung ihrer strategischen Orientierungen.

In Anlehnung an die vom VII. Kongress der Kommunistischen Internationale erarbeiteten Orientierung wiesen unter anderem Maurice Thores und Palmiro Togliatti auf zwei strategische Aufgaben der kommunistischen Parteien kapitalistischer Länder Europas hin: Sie betonten erstens die Notwendigkeit einer kommunistischen Massenpartei, die in der Lage ist, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse herzustellen und zu festigen, die über breite Bündnisse verfügt und fähig ist, aktiv in das politische Leben einzugreifen.

Sie wiesen zweitens darauf hin, dass die sofortige sozialistische Revolution nicht möglich war, sondern eine antifaschistisch-demokratische Umgestaltung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene die Voraussetzung für die Öffnung eines Weges zum Sozialismus bilden musste.

Reaktion verhindert demokratische Entwicklung

Um die revolutionäre Weiterentwicklung aufzuhalten, suchte die Bourgeoisie der kapitalistischen Staaten Europas, die nicht in der Lage war, diese Entwicklung aufzuhalten, nach einem engen Bündnis mit den USA, um durch opfern der nationalen Souveränität ihre Klassenpositionen zu retten (Marshallplan).

Der USA-Imperialismus nutzte diese Situation, um seine Position auf dem europäischen Kontinent zu festigen und günstige Bedingungen für die militärische, ökonomische und politische Auseinandersetzung mit der UdSSR zu schaffen.

Restauration und Stabilisierung der kapitalistischen Herrschaft hieß schon wieder die Hauptlosung der internationalen Reaktion. International richtete sie sich vor allem gegen die Sowjetunion und ihre internationale Position. National, in den einzelnen Ländern ging es darum, die Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu sabotieren, diese zu isolieren und sie aus Schlüsselstellungen in der Gesellschaft und im politischen System auszuschließen. Dagegen wurden die die Zulassung und die politische Betätigung bürgerlicher und sozialdemokratischer Parteien und Organisationen großzügig gefördert. Die USA-Regierung, die eigene Reaktion, große Monopolverbände, antikommunistische Gewerkschaften, kirchliche Einrichtungen usw. gewährten diesen Parteien und Organisationen umfangreiche materielle und geistige Unterstützung. Sie erhielten schnellen Zugang zu den Medien usw.

Der Kern der Kampagne war, die Sowjetunion und ihre Politik zu verleumden, die kommunistischen Parteien unter den Massen zu diskreditieren, sie als „antinationale Kraft“ darzustellen, die als „verlängerter Arm Moskaus“ handeln.

Im Zusammenhang mit der sehr vielschichtigen Entwicklung in den einzelnen Ländern vollzogen sich seit Anfang 1946 durch die Unterstützung des ausländischen Monopolkapitals, demagogisch an die realen Interessen der Bevölkerung anknüpfend,

beträchtliche Veränderungen der machtpolitischen Gegebenheiten zugunsten der Kräfte der Monopolbourgeoisie, der Großgrundbesitzer und des Klerus.

Das fand seinen Ausdruck unter anderem darin, dass die realen Möglichkeiten der kommunistischen Parteien, unmittelbaren Einfluss auf die Nachkriegsentwicklung zu nehmen, zurückgingen. Die politische Entwicklung in den kapitalistischen Staaten Europas widerspiegelte zunehmend die Verschärfung der internationalen Klassenauseinandersetzungen, die durch die Politik der imperialistischen Siegermächte hervorgerufene Krise in der Antihitlerkoalition und die Polarisierung der Klassenkräfte auf internationaler Ebene.

Diese Entwicklung wurde von den kapitalistischen Großmächten unter Führung der USA bewusst und gewollt entgegen den Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens vom August 1945 vorangetrieben. Ihre Folgen sind nicht zuletzt in

den Auseinandersetzungen der Gegenwart zu sehen.

Das Ringen um eine friedliche Nachkriegsregelung, das Potsdamer Abkommen und was aus ihm geworden ist.

Mit dem Hissen der Siegesfahne der Roten Armee auf dem Reichstag in Berlin begann einer neuer Abschnitt des Kampfes um die Durchsetzung solcher ökonomischer, politischer und geistiger Verhältnisse, die die Wiederholung der kriegerischen Katastrophe ausschließen, den Frieden und eine demokratische, den gesellschaftlichen Fortschritt fördernde Gesellschaft ermöglichen sollten.

Positionen vor der Potsdamer Konferenz

Die gerechten und entschiedenen politischen Ziele der Sowjetunion, die auch den Interessen und den Wünschen aller friedliebender Völker entsprachen, hatten im Kampf gegen die faschistische Aggression entscheidenden Einfluss auf den Verlauf und den Ausgang des gesamten Krieges. Sie besaßen große Bedeutung für die Gründung und das Funktionieren der Antihitlerkoalition und für die gemeinsame Erarbeitung grundlegender Festlegungen für eine Nachkriegsordnung, die Frieden schaffen und bewahren sollte.

Im Gegensatz dazu hofften herrschende Kreise der USA und Großbritanniens, deren Leitlinie in Antikommunismus und Antisowjetismus bestand, dass sich die Sowjetunion und Deutschland gegenseitig stark schwächen würden.

Der Zusammenbruch des faschistischen Deutschlands infolge der mächtigen Schläge der Roten Armee nahm den imperialistischen Kreisen Großbritanniens und der USA die Möglichkeit, ein Komplott mit der faschistischen Regierung einzugehen.

Aber, wie schon nach dem ersten Weltkrieg, räumten die Westmächte Deutschland, das gerade erst durch gemeinsame Anstrengungen besiegt worden war, schon wieder einen besonderen Platz in ihrem antisowjetischen Dauerfeldzug ein.

Erst sehr spät wurde öffentlich bekannt, dass der britische Premierminister Churchill Ende des Krieges sogar ein Angriffskonzept zur militärischen Unterwerfung der verbündeten Sowjetunion unter dem Namen „**Operation Unthinkable**“ ausarbeiten ließ. Der Plan wurde Churchill am 22. Mai 1945 vorgelegt. Als Termin für den Angriff auf die Sowjetunion wurde der 1. Juli 1945 festgesetzt. Aufgrund der zahlenmäßigen Überlegenheit der Sowjetarmee beabsichtigte man zusätzlich zu den britischen und US-amerikanischen Kapazitäten die Wiederbewaffnung von ca. 100.000 deutschen Soldaten.

Der Plan wurde dann aus militärpolitischen Gründen für undurchführbar erklärt. Er zeigt aber den Geist, der dem Verhalten während der Potsdamer Konferenz und den Zielen, der Politik der imperialistischen Mächte in der Nachkriegsperiode zugrunde lag und mit dem sie in Potsdam angereist sind.

Im Auftrag von USA Präsident Truman, der nach dem Tode Roosevelts die amerikanische Delegation leitete, stellte der USA-Verteidigungsminister Stimson in Potsdam ein Memorandum über die wichtigsten Probleme nach der Explosion der ersten Atombombe zusammen. Er forderte, die **Atombombe** unverzüglich gegen die UdSSR auszunutzen, und u.a. die Sowjetunion in Osteuropa zu Zugeständnissen zu zwingen.¹⁶ Die USA mussten aber erkennen, dass die Sowjetunion mit der Atombombe nicht erpresst werden konnte.

Wie nach dem ersten Weltkrieg räumten die Westmächte Deutschland, das gerade erst durch gemeinsame Anstrengungen besiegt worden war, schon wieder einen wichtigen Platz im antisowjetischen Kampf ein. In dem **Stimson-Memorandum** hieß es, dass „die gesamte Konzeption (der Potsdamer Konferenz – A.L.) falsch sei und unsere wahren Interessen verlangten, Deutschland so schnell wie möglich als ‘Bollwerk gegen den Kommunismus’ wiederherzustellen“.¹⁷

Die neue internationale Stellung der Sowjetunion machte es unmöglich, dass diese Kräfte ihre heimtückischen Pläne verwirklichen konnten.

Sie bestand darauf, dass auch nach dem Sieg über den Faschismus die Demokratisierung und Entmilitarisierung Deutschlands, die Ausrottung des Faschismus und aller seinen Überreste im Mittelpunkt der Anstrengungen stehen müsse. Gleichzeitig hielt sie es für richtig, Deutschland alle Möglichkeiten zu geben, um sich als einheitlicher und friedliebender Staat zu entwickeln.

In Vorbereitung und Durchführung der Potsdamer Konferenz ging es also um zwei unterschiedliche Konzeptionen. **Mit der Erfüllung des gemeinsamen Hauptziels, der Niederschlagung und Unschädlichmachung des Aggressors, zu der die Sowjetunion den Löwenanteil beigetragen hatte, traten in der Koalition mehr und mehr alte und neue Gegensätze in den Vordergrund.** Es ging um zwei unterschiedliche Konzeptionen zur Gestaltung der Verhältnisse in Deutschland, zur Schaffung einer friedlichen Nachkriegsordnung in Europa und zur künftigen Rolle des Kontinents in den internationalen Beziehungen.

Vorläufer der Potsdamer Konferenz

Die Kampfhandlungen auf den einzelnen Kriegsschauplätzen des zweiten Weltkrieges wurden von verschiedenen Treffen und Verhandlungen zwischen den Alliierten Mächten begleitet. Der Kampf gegen die faschistischen Aggressoren und diese Treffen und Verhandlungen führten zu einer in der Intensität zwar schwankenden, aber doch weitgehenden Zusammenarbeit der beteiligten Regierungen.

¹⁶Zitiert nach: G.A. Deborin, Der zweite Weltkrieg, Berlin 1959, S.434

¹⁷J.E. Dubois, Generals in grey Suits, London 1953, S. 361

Einen wichtigen Platz nahmen dabei die **Außenministerkonferenz in Moskau und die Spitzentreffen in Teheran und auf der Krim** ein.

In Moskau wurden zwischen den Außenministern der UdSSR, der USA und Großbritanniens (19. bis 30. Oktober 1943) vor allem „... Maßnahmen zur Verkürzung des Krieges gegen Deutschland und Deutschlands Vasallen in Europa gründlich und offen erörtert“. Ein Schwerpunkt der Diskussion waren osteuropäische Fragen. Das hing sehr stark mit den Bemühungen Churchills zusammen, eine **englische Invasion in Südosteuropa** zu veranstalten. Die Sowjetunion lehnte diese Versuche ab und verlangte vor allem die zweite Front in Europa zu eröffnen.

Die USA und Großbritannien schlugen weiter vor, eine **Donauföderation** neu erstehen zu lassen. Die sowjetischen Vertreter wiesen darauf hin, dass die Wahl dieser oder jener Staatsordnung Sache der Völker selbst sei und dass keine Beschlüsse ohne sie gefasst werden können. Es wäre äußerst gefährlich und ungerecht, „Föderationen“ durch fremde Einmischung und durch äußeren Druck künstlich zu schaffen. Auf der Grundlage eines Vorschlags der UdSSR wurde ein Beschluss gefasst, der nach dem Krieg zur Grundlage für die Schaffung eines neuen **Österreich** wurde.

Ein weiterer Schwerpunkt waren Fragen der allgemeinen Sicherheit in der Nachkriegszeit. Es wurde eine „Erklärung über die allgemeine Sicherheit“ ausgearbeitet, in der die Regierungen der Teilnehmerstaaten „... die Notwendigkeit anerkennen, sobald es irgendwie möglich ist, eine allgemeine internationale Organisation zu errichten – begründet auf der gleichen Souveränität aller friedliebenden Staaten – ... zwecks Aufrechterhaltung internationalen Friedens und internationaler Sicherheit“. ¹⁸

Vom 28. November bis 1. Dezember 1943 folgte die **Teheraner Konferenz**, an der Stalin, Churchill und Roosevelt teilnahmen. Im Mittelpunkt standen militärische Fragen.

Die englische Delegation schlug wieder vor, unterstützt von der Türkei, in Südosteuropa zu landen. Die sowjetische Delegation wies nach, dass dieser Plan nichts mit der Aufgabe gemein habe, Hitlerdeutschland schnell zu besiegen, sondern, wie es hieß, völlig andere Ziele habe. Die Pläne, in den Balkan einzufallen, wurden schließlich verworfen.

Dagegen wurde beschlossen, die **zweite Front in Westeuropa** bis zum 1. Mai 1944 zu schaffen. In der Erklärung, die veröffentlicht wurde, gaben die drei Politiker bekannt, dass sie ihre Pläne zur Vernichtung der deutschen Streitkräfte abgestimmt und „völlige Übereinstimmung über Ausmaß und Ziel der Operation, die von Osten, Westen und Süden angesetzt werden sollen“ erreicht haben. „Keine Macht der Erde kann uns daran hindern, die deutschen Heere zu Lande,

¹⁸Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente, Berlin 1959, S. 34

ihre U-Boote zur See und ihre Rüstungsanlagen aus der Luft zu zerstören.“¹⁹

Im Rahmen des Meinungs austausches über die **zukünftige Ordnung** in Deutschland schlug **Roosevelt** vor, Deutschland in fünf Staaten aufzuteilen. „Nach meiner Meinung muß Preußen möglichst geschwächt und in seinen Ausmaßen verkleinert werden. Preußen müßte den ersten selbständigen Teil Deutschlands darstellen. In den zweiten Teil Deutschlands müßte Hannover mit Nordwestdeutschland eingeschlossen sein. Der dritte Teil wäre Sachsen und das Gebiet um Leipzig; der vierte Teil Hessen-Darmstadt, Hessen-Kassel und das Gebiet südlich des Rheins, der fünfte Teil – Bayern, Baden und Württemberg. Jeder dieser fünf Teile wird einen autonomen Staat bilden. Außerdem sollten aus dem deutschen Gebietsstand der Kaiser-Wilhelm-Kanal und Hamburg herausgelöst werden. Diese Gebiete sollten durch die Vereinten Nationen oder durch die vier Mächte verwaltet werden. Das Ruhrgebiet und das Saargebiet müßten unter die Kontrolle entweder der Vereinten Nationen oder unter das Kuratorium ganz Europas gestellt werden.“²⁰

Die englische Regierung trat ebenfalls für die Aufteilung Deutschlands ein. Das englische Kapital wollte das Ruhrgebiet unter seine Kontrolle bekommen, um so auch die herrschende Stellung in Europa einnehmen zu können. **Churchill** schlug weiter vor: „Ich habe zwei Überlegungen, die erste ist die Isolierung Preußens vom übrigen Deutschland; die zweite die Abtrennung der südlichen Provinzen Deutschlands Bayern, Baden, Württemberg und die Pfalz von der Saar bis einschließlich Sachsen.“ Eine „Donau-Föderation“ sollte geschaffen werden, zu der alle südlichen Provinzen Deutschlands und die Donauländer Mitteleuropas gehören sollten.

Die Sowjetunion wies auf die Notwendigkeit energischer Maßnahmen hin, um in Zukunft das Wiedererstehen des deutschen Militarismus und Revanchismus zu verhüten. Hinsichtlich der englischen und amerikanischen Pläne gegenüber Deutschland erklärte Stalin, dass ihm der Plan „neuer vereinigter Staaten“ nicht gefällt.

In der Frage der polnischen Grenzen schlug die Sowjetunion vor, als Ostgrenze Polens die „**Curzon-Linie**“ anzunehmen, die im wesentlichen mit der ethnischen Grenze des polnischen Volkes zusammenfiel, und als Westgrenze die „**Oder-Linie**“.

Zur weiteren Festigung der Antihitlerkoalition und zur Beseitigung des Kriegsherdes in Fernen Osten teilte Stalin mit, dass die Sowjetunion nach der Niederlage des faschistischen Deutschlands Japan den Krieg erklären wird.

Die Teheraner Konferenz, die erste Konferenz der Regierungschefs der drei Großmächte, hatte große Bedeutung für die Klärung aktueller Fragen des weiteren Verlaufs des zweiten Weltkrieges. Sie erarbeitete wichtige Ansatzpunkte

¹⁹Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente, Berlin 1959, S. 41/42

²⁰Zitiert nach: Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1917-1945, Berlin 1969, S. 503

für die künftige Gestaltung des Zusammenwirkens der Großmächte im Interesse der Schaffung von Grundlagen für den künftigen Frieden in Europa.

Vom 4. bis 11. Februar 1945 wurde das zweite Zusammentreffen der Regierungschefs der drei Großmächte der Antihitlerkoalition auf der Krim durchgeführt. Während der **Konferenz von Jalta** war die Lage besonders von den Siegen der Sowjetarmee und dem Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegungen in den Ländern Europas gekennzeichnet.

Zuerst wurde auf der Konferenz über das faschistische Deutschland als kriegführendes Land verhandelt. Es wurden gemeinsame Pläne ausgearbeitet, um den gemeinsamen Gegner endgültig zu besiegen. Diese enthielten auch die Festlegung, dass die Sowjetarmee Berlin einnehmen werde. Am 12. September 1944 wurde zwischen den drei Großmächten der **Vertrag über die Besatzungszonen** unterzeichnet, der in Teheran bestätigt wurde. Er legte die Grenzen der drei Besatzungszonen fest. Die Konferenz stimmte dem Vorschlag zu, Frankreich zu beteiligen.

Die USA und Großbritannien schlugen erneut vor, Deutschland in verschiedene Staaten zu zerstückeln, hatten aber keinen Erfolg. Die internationale Autorität der Sowjetunion war in der Zwischenzeit schon so weit gestiegen, dass ihr Eintreten für die **Einheit Deutschlands** und für einen deutschen Staat auf der Konferenz sich durchsetzte. In Jalta wurden im wesentlichen die Vorschläge der UdSSR angenommen. Es hieß: „Deutschland wird innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden, für Besatzungszwecke in vier Zonen ... sowie in ein besonderes Gebiet von Berlin, das von den vier Mächten gemeinsam besetzt wird...“ aufgeteilt.²¹

Um die Einheit Deutschlands während der Besetzung zu sichern und die vereinbarte Deutschlandpolitik durchführen zu können, beschloss die Krimkonferenz, in Berlin eine Zentralkommission zu bilden. Sie sollte die Kontrolle ausüben und als oberste Behörde in Deutschland tätig sein.

Die Konferenz bereitete das Protokoll über die von Deutschland zu leistenden Reparationen vor.

In Übereinstimmung mit den kurz- und längerfristigen Interessen der Völker Europas schlug die Sowjetunion vor, eine **Erklärung über das befreite Europa** anzunehmen. Sie bekräftigte das Recht aller vom faschistischen Joch befreiten Völker „die letzten Spuren des Nationalsozialismus und Faschismus zu beseitigen und demokratische Einrichtungen nach Wahl zu schaffen“.²² Die dahinter stehenden Motive der UdSSR waren aus einer Rede zu entnehmen, die Stalin in Zusammenhang mit der Diskussion zur Abstimmung im Sicherheitsrat gehalten hat. Er wies darauf hin, dass die Großmächte zwar zum damaligen Zeitpunkt verbündet seien und keine von ihnen werde Angriffsakte begehen. „Wir

²¹Zur Deutschlandpolitik der Anti-Hitler-Koalition, Berlin 1966, S. 44

²²Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente, Berlin 1959, S. 49f

alle aber wollen den Frieden auf mindestens fünfzig Jahre hinaus sichern. Die größte Gefahr liegt in einem Konflikt unter uns selber; wenn wir einig bleiben, wiegt die deutsche Gefahr nicht schwer. ... es muß ein System ausgearbeitet werden, das Konflikte unter den führenden Großmächten verhindert.“²³

Damit hat die Sowjetunion bewiesen, dass sie Willens war, die Frage der Sicherheit und des Friedens in Europa unter allen Umständen zu vertreten. Sie unterstützte zugleich die Völker Europas in ihrem Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit. Offensichtlich spielte auch die Erfahrung von 1939 eine Rolle, denn Stalin wies im Verlaufe der Konferenz auch darauf hin: “Hätten Grossbritannien und Frankreich 1939 Missionen nach Moskau gesandt, denen Männer angehört hätten, denen wirklich an einer Verständigung mit Russland gelegen war, dann hätte die Sowjetregierung den Pakt mit Ribbentrop nicht unterzeichnet...“²⁴

In Jalta setzten die Vertreter der Großmächte die Beratungen über eine internationale Organisation fort, die den Frieden weltweit erhalten und die Sicherheit der Völker garantieren sollte. Die im Herbst 1943 auf der Außenministerkonferenz begonnenen Arbeiten für diese Organisation waren in den **Verhandlungen in Dumbarton Oaks** vom 21. August bis zum 29. September 1944 fortgesetzt worden. Für die Sowjetunion war vor allem wichtig, eine internationale Organisation zu schaffen, die im Gegensatz zum Völkerbund kein Werkzeug der imperialistischen Politik sein sollte. Für die Charta der Organisation wurde der Grundsatz der Souveränität und der Gleichberechtigung aller Mitglieder festgelegt. Außerdem sollte sich die Organisation nicht in die inneren Angelegenheiten der Staaten einmischen dürfen. Die oberste Aufgabe der Organisation bestehe darin, den Frieden und die Sicherheit zu gewährleisten. Die Verantwortung dafür wurde dem Sicherheitsrat übertragen.

Die drei Großmächte beschlossen außerdem, zum 25. April 1945 eine Konferenz der Vereinten Nationen nach San Francisco einzuberufen.

Die Potsdamer Konferenz

Die Potsdamer Konferenz, fand vom 17.7. bis 2.8.1945 unter Teilnahme der Regierungsoberhäupter der UdSSR, der USA und Großbritannien, denen sich später Frankreich anschloss, statt.

Die Aufgabe der Konferenz war es, aufbauend auf und entsprechend den vorangegangenen gemeinsamen Festlegungen, die Nachkriegsverhältnisse im Interesse der Sicherung eines dauerhaften Friedens zu gestalten. Obwohl sich die USA schon damals anschickten, nach der Weltherrschaft zu greifen, und Großbritannien sich bemühte, seinen Einfluss vor allem mit antikommunistischer

²³Winston Churchill, Der zweite Weltkrieg. Memoiren, 6. Band, zweites Buch, 1985, S.17

²⁴W. Churchill, ebenda, S.28

Zielrichtung zu erhöhen, siegte auf der Konferenz der Gedanke der Zusammenarbeit und das Streben, eine Nachkriegsordnung zu schaffen, die allen Ländern die Gewähr einer friedlichen Entwicklung bot.

Dabei kam es vor allem darauf an, wirksame Garantien zur Verhinderung einer neuen Aggression seitens des deutschen Imperialismus zu schaffen.

Auf der Konferenz wurde die Position der Sowjetunion einerseits und die der Westmächte andererseits von den Grundzielen bestimmt, wie sie in deren Erklärungen zum Ausdruck gebracht wurden, in denen die Hauptkriegsziele der Alliierten formuliert wurden. In einer Erklärung vom 3. Juli 1941 erklärte die Regierung der UdSSR: „Dieser Vaterländische Volkskrieg gegen die faschistischen Unterdrücker hat nicht nur das Ziel, die über unser Land heraufgezogene Gefahr zu beseitigen, sondern auch allen Völkern Europas zu helfen, die unter dem Joch des deutschen Faschismus stöhnen. In diesem Befreiungskrieg werden wir nicht allein dastehen. In diesem großen Krieg werden wir treue Verbündete an den Völkern Europas und Amerikas haben, darunter auch am deutschen Volk, das von den faschistischen Machthabern verklavt ist. Unser Krieg für die Freiheit unseres Vaterlandes wird verschmelzen mit dem Kampf der Völker Europas und Amerikas für die Unabhängigkeit, für die demokratischen Freiheiten.“²⁵

Damit hat die Sowjetunion Grundprinzipien proklamiert, die ihr internationales Verhalten und ihre außenpolitischen Aktivitäten vor, während und nach dem zweiten Weltkrieg bestimmten.

- Sie unterschied klar zwischen dem deutschen Volk und dem deutschen Imperialismus,
- Das Ziel des Krieges bestand in der Vernichtung des deutschen Faschismus,
- Sie setzte sich für die **Befreiung des deutschen Volkes** und für die **demokratische Entwicklung des künftigen Deutschlands** ein.

Hauptzüge der Politik der Roosevelt-Regierung entsprachen einerseits den Interessen der Bevölkerung der USA und stimmten insoweit mit den Zielen der Sowjetunion überein. Ihr Hauptkriegsziel wurde aber von den Interessen des Kapitals bestimmt und bestand dem entsprechend in der Zerschlagung des deutschen Konkurrenten.

Im **Memorandum des Außenministeriums der USA vom 10. November 1944** an den Präsidenten hieß es z.B. zu den amerikanischen Kriegszielen gegenüber Deutschland: „Außer einer gründlichen Abrüstung ist es wichtig, dass wir uns für eine solche Orientierung der deutschen Wirtschaft einsetzen, die die Gefahr neuer Rivalitäten aus dieser Quelle ausschaltet ... Nach Ansicht der

²⁵Zitiert nach „Zur Deutschlandpolitik der Anti-Hitler-Koalition. Dokumentation“ Berlin 1966, S. 5/6

Ministerien müssen unsere langfristigen Ziele für die wirtschaftliche Behandlung Deutschlands folgende sein: 1. Abschaffung der deutschen Autarkie und 2. Ausschaltung der deutschen wirtschaftlichen Vormachtstellung in Europa.“²⁶

Das unterscheidet sich beträchtlich von den Zielen der Sowjetunion. Dieser Unterschied wird auch in einem Memorandum von William Averell Harriman an Roosevelt und Churchill von 1943 deutlich, in dem die politischen Ziele der USA in Europa wie folgt formuliert werden: „(1) Die deutsche Vorherrschaft über Europa zu beseitigen und (2) in Zukunft zu verhindern, daß Europa von irgendeiner einzelnen Macht (wie etwa die Sowjetunion) beherrscht wird, oder von irgendeiner Gruppe von Mächten innerhalb derer wir keinen starken Einfluß haben. Wenn wir nicht beide Ziele erreichen, können wir davon ausgehen, daß wir den Krieg verloren haben.“²⁷ Eine Organisation in der Art der NATO war also schon vorprogrammiert!?

In der Antihitlerkoalition wirkten also nicht nur gleichgerichtete, sondern zum Teil entgegengesetzte Interessen und daraus resultierende Ziele: einerseits imperialistische Ziele der USA und Großbritanniens und andererseits der Wille zur Verteidigung der UdSSR und ihre Solidarität mit den Völkern.

Das erklärt das politische und militärische Verhalten vor allem der kapitalistischen Großmächte sowohl in Bezug auf die zweite Front im Westen als auch ihr Verhalten zu den einzelnen befreiten Ländern. Es ging nicht primär um die Befreiung, sondern um die Beherrschung der Länder im Sinne der von Harriman formulierten Ziele – auch nach dem Krieg!

Die imperialistischen Ziele beeinflussten nicht nur den Verlauf des Krieges, sondern auch die militärische Situation auf den einzelnen Kriegsschauplätzen. Sie begleiteten ebenso die politischen Verhandlungen, die parallel zu den Kampfhandlungen geführt wurden und, unter dem Druck der militärischen Erfolge der Sowjetunion, den Weg nach Potsdam ebneten.

Grundlegende Verpflichtungen

Im Potsdamer Abkommen wurde die Politik der Alliierten gegenüber Deutschland eindeutig festgelegt: „Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann“.

Das Potsdamer Abkommen schuf für ganz Deutschland die völkerrechtliche Grundlage für die restlose Beseitigung des Faschismus und Militarismus und

²⁶Ebenda, S.7/8

²⁷Zitiert nach Stefan Scheil, Die Eskalation des Zweiten Weltkrieges von 1940 bis 1945, S. 125

unterstützte damit sehr wesentlich den Kampf der antifaschistischen und demokratischen Kräfte.

Ebenso wurden die Hauptziele einer vereinbarten Deutschlandpolitik festgelegt, die für alle Besatzungsmächte gleichermaßen verbindlich waren.

In den wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens wurde festgelegt:

- vollständige Ausrottung des deutschen Militarismus und Faschismus samt ihrer Wurzeln,
- Dezentralisierung und Entflechtung der deutschen Wirtschaft „mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen“ zum Zwecke der Brechung ihrer Macht,
- völlige und endgültige Auflösung der Streitkräfte Deutschlands und Vernichtung des Rüstungspotenzials des deutschen Imperialismus sowie aller militärischen und halb-militärischen Organisationen mit ihren Vereinen und Unterorganisationen, die den Interessen der der Erhaltung der militärischen Tradition dienen, um „damit für immer der Wiedergeburt oder Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und Nazismus vorzubeugen“;
- Umgestaltung des politischen Lebens auf demokratischer Grundlage,
- Verhaftung und Aburteilung der Kriegsverbrecher,
- Verbot der Produktion von Kriegsmaterial,
- Förderung der demokratischen Parteien und Organisationen,
- Aufbau einer lokalen Selbstverwaltung.

Entgegen den Bestrebungen der reaktionären Kreise der Westmächte wurde eindeutig erklärt, dass Deutschland während der Besatzungszeit als wirtschaftliche Einheit zu betrachten ist.

An der Haltung der Sowjetunion scheiterten die Versuche, Deutschland zu zersstückeln, die deutsche Friedenswirtschaft aus Konkurrenzgründen zu vernichten oder niederzuhalten und dem deutschen Imperialismus Brücken zu bauen.

Auf Vorschlag der Sowjetunion beschloss die Potsdamer Konferenz, ein **einheitliches, demokratisches, friedliches Deutschland** zu schaffen, in dem das deutsche Volk durch demokratische Bewährung seine volle Unabhängigkeit zurückerhalten kann.

Die sowjetische Delegation unterbreitete der Konferenz einen Vorschlag über die Bildung einer zentralen deutschen Regierung, doch die Westmächte lehnten ihn ab. Sie fürchteten, dass die Bildung deutscher Organe für alle Besatzungszonen den Einfluss der antiimperialistischen Kräfte in Deutschland stärken würde. Die Sowjetunion erreichte jedoch, dass sich die Potsdamer Konferenz eindeutig für die Erhaltung der staatlichen Einheit Deutschlands erklärte und die Bildung gesamtdeutscher Zentralverwaltungen mit deutschen Staatssekretären vorsah, die unter der Leitung des Alliierten Kontrollrates arbeiten sollten.

Es wurde beschlossen, während der Besatzungszeit Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu betrachten.

Von besonderer Bedeutung war die Vereinbarung, dem aggressiven deutschen Militarismus durch die Vernichtung der übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, insbesondere der Kartelle, Syndikate, Trusts und anderer Monopolvereinigungen, seine wirtschaftliche Grundlage zu nehmen. Diese Bestimmung bestätigte die Verantwortung der deutschen Konzernherren für die verbrecherische Politik der deutschen Faschisten und die Berechtigung und Notwendigkeit des Kampfes der deutschen Werktätigen gegen das Monopolkapital.

Das Potsdamer Abkommen legte **die deutschen Grenzen** fest. Zu Polen gehörte jetzt das Gebiet östlich der Oder/Neiße und der südliche Teil Ostpreußens. Zur UdSSR der nördliche Teil.

Es wurde festgelegt, dass die in der CSR, Polen und Ungarn lebenden **deutschen Minderheiten** nach Deutschland umgesiedelt und dort auf die vier Besatzungszonen verteilt werden.

Mit der Unterzeichnung verpflichteten sich die UdSSR, die USA und Großbritannien (Frankreich schloss sich an), in ihren Besatzungszonen die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens konsequent durchzuführen.

Das Potsdamer Abkommen bot für ganz Deutschland die völkerrechtliche Grundlage für die Bildung eines friedlichen, demokratischen deutschen Staates. Seine Bestimmungen entsprachen dem Willen der Völker und gaben auch dem deutschen Volk die Möglichkeit, einen neuen Weg in seiner Geschichte zu gehen. DDR

Die Sowjetunion trat als Anwalt der nationalen Interessen Deutschlands in der internationalen Arena auf.

Sie verteidigte das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung und nationale Einheit. Sie setzte sich konsequent für die Ausrottung des Imperialismus mit seinen Wurzeln ein.

Mit dem Potsdamer Abkommen wurden die völkerrechtlichen Grundlagen für den Aufbau eines friedlichen, demokratischen, deutschen Staates festgelegt. Das Abkommen stimmte mit der Charta der Vereinten Nationen überein. Es räumte dem deutschen Volk das Recht ein, „sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen“.

Inwieweit diese den nationalen Interessen des deutschen Volkes entsprechende Abkommen wirklich zur Grundlage eines demokratischen und friedlichen Aufbaus wurden, hing in hohem Grade von der Entfaltung der demokratischen Kräfte in Deutschland selbst ab. Die Aufgabe des deutschen Volkes bestand nicht nur darin, diesem Abkommen zuzustimmen, sondern selbst zu seiner Verwirklichung beizutragen. Es musste den Widerstand der Monopolherren, Junker und Militaristen brechen und – wie sich bald zeigen sollte – gegen den Bruch dieses Abkommens durch die Westmächte auftreten. Die Pflicht zur aktiven Teilnahme an der demokratischen Neugestaltung Deutschlands wurde dem deutschen Volk im Potsdamer Abkommen zugewiesen, in dem es hieß: „Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen“.

Manche nennen auch heute noch das Potsdamer Abkommen ein „Diktat der Siegermächte“. In Wirklichkeit besiegelte die Potsdamer Konferenz und ihre Dokumente den Sieg der demokratischen Prinzipien bei der Festlegung der Wege zur Lösung des deutschen Problems und zur Sicherung des Friedens in Europa.

Demokratische Perspektiven – reaktionäre Machenschaften

Ein wichtiges Merkmal zum Ende des zweiten Weltkrieges und in den ersten Jahren Nachkriegsentwicklung bestand darin, dass die imperialistische Umkreisung der Sowjetunion beseitigt war.

Die Tatsache, dass sich unter den alliierten Siegermächten ein starker sozialistischer Staat befand war für das deutsche Volk und für alle Völker, besonders in Europa, von großer Bedeutung. Die Nachkriegsverhältnisse konnten nicht mehr nur vom Willen der Regierungen imperialistischer Staaten diktiert werden. Die Potsdamer Konferenz unterschied sich dank der Autorität der Sowjetunion, dem Einfluss der demokratischen Weltöffentlichkeit, des internationalen Kräfteverhältnisses und der gemeinsamen Sicherheitsinteressen der Siegermächte grundsätzlich von solchen Konferenzen, die nur einen imperialistischen Frieden stifteten und die Keime für künftige Kriege bereits in sich trugen.

Die historische Chance war da, den ausgereiften Widerspruch zwischen den antinationalen Interessen des deutschen Imperialismus und Militarismus und den nationalen Interessen der friedlichen Teile des Volkes im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts zu lösen.

Dem entsprechend wurde auch das Hauptziel der Beschlüsse der Alliierten über Deutschland darin gesehen, die vollständige Demokratisierung des Landes durchzuführen, und die Wurzeln des deutschen Militarismus und Faschismus auszutrocknen, den Revanchismus für immer zu beseitigen, den deutschen Imperialismus politisch und ökonomisch zu entwaffnen und solche Bedingungen für

die Entwicklung Deutschlands zu schaffen, die es dem deutschen Kapital nicht wieder ermöglichen, auf den früheren Weg der Aggression zurückzukehren.

Die entscheidende Schwächung des deutschen Imperialismus ergab für ganz Deutschland die Möglichkeit, eine wahrhaft demokratische Ordnung zu errichten.

Allerdings unterschieden sich die konkreten Bedingungen in den westlichen Zonen beträchtlich von denen in der sowjetischen Besatzungszone. Die gesamte staatliche Gewalt befand sich in den Händen imperialistischer Siegermächte. Das ermöglichte einen hohen Grad direkter und umfassender Eingriffe der imperialistischen Mächte und der hinter ihnen stehenden Monopolgruppen in das Wirtschaftsgeschehen mit vorwiegend militärisch-administrativen Methoden. Diese Reglementierung des gesamten ökonomischen und politischen Lebens in Westdeutschland ermöglichte es den deutschen Monopolen, allmählich ihre Kräfte wieder zu sammeln und repressive Maßnahmen gegen demokratische, progressive Bestrebungen in der Bevölkerung durchzusetzen. Ihre grundlegenden Interessen verbanden sich immer mehr mit denen der ausländischen Monopole. Unter diesem Schutz konnten sie eigene wirtschaftliche und politische Organisationsstrukturen aufbauen, deren Organe dann Schritt für Schritt zu „Partnern“ der Besatzungsmächte bei der Regulierung der Wirtschaft und Gestaltung der Politik wurden.

Die konkrete Richtung und Gestalt der Restauration in dieser Periode wurden durch das gemeinsame Interesse der Besatzungsmächte und des deutschen Monopolkapitals an der Verhinderung einer völligen Beseitigung der kapitalistischen Ordnung in Deutschland bestimmt.

Der infolge des veränderten internationalen Kräfteverhältnisses immer stärker hervortretende Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus veranlasste die imperialistischen Mächte, vor allem die USA, die zunächst betriebene Politik der Schwächung ihres Konkurrenten durch die Politik einer kontrollierten Neubelebung seiner Kräfte zu ersetzen. Das Ziel bestand darin, **den deutschen Imperialismus zum Hauptverbündeten der USA in Europa und zu einem wichtigen Faktor der internationalen Reaktion gegen den wachsenden Einfluss des Sozialismus zu machen.** Die deutsche Großbourgeoisie war ihrerseits bestrebt, diese Situation zur eigenen Restauration auszunutzen. Immer größer wurde die Kluft zwischen gemeinsamen Vereinbarungen der vier Besatzungsmächte und der Tätigkeit der Westmächte in den westlichen Besatzungszonen.

In der **sowjetischen Besatzungszone** beseitigte die geeinte Arbeiterklasse unter der Führung der zur SED zusammengeschlossenen KPD und SPD im Bündnis mit allen antifaschistisch-demokratischen Kräften Schritt für Schritt die Wurzeln des Imperialismus und Militarismus – und fand dabei die Unterstützung der sozialistischen Besatzungsmacht!

Da die imperialistischen Mächte und die deutsche Großbourgeoisie dies nicht zu verhindern vermochten, bereiteten sie im Westen systematisch die **Spaltung Deutschlands** vor. Die Spaltung stellte sich als ein Hauptweg zur Rettung der Grundlagen des deutschen Imperialismus in einem Teil Deutschlands dar. Diese Politik ermöglichte es dem deutschen Imperialismus nach 1945, seine Macht zu restaurieren und seine revanchistischen Ziele zu verfolgen. Das Potsdamer Abkommen wurde dabei zu einem Hindernis und wurde schrittweise unterlaufen und offen gebrochen.

Nachdem die Westmächte und die deutsche Reaktion, unterstützt von den rechten Führern der SPD, alles getan hatten, um eine antifaschistisch-demokratische Entwicklung in Westdeutschland zu verhindern, wurde 1949, unter Bruch des Potsdamer Abkommens und bei aktiver Beihilfe der Westmächte der westdeutsche Separatstaat geschaffen.

Mit dem Ausbau dieser Grundlage für monopolkapitalistische Verhältnisse, mit der Schaffung der dazu gehörigen politischen, staatlichen, juristischen, militärischen und sicherheitspolitischen Instrumentarien (Remilitarisierung, NATO-Mitgliedschaft, Verbot der KPD, Notstandsgesetze, Berufsverbote usw.) schufen sie das System, das sie brauchten, um 1989, erneut im Verbund mit ihren verbündeten Großmächten in der Lage zu sein, zum großen antikommunistischen Schlag auszuholen, um die Hauptkraft, den Sozialismus, in Europa zu beseitigen, der der Verwirklichung ihrer expansiven und aggressiven Plänen im Wege stand.

Die „**Vereinigung**“ **der zwei deutschen Staaten**, die Bindung der ehemaligen Staaten der Warschauer Vertragsorganisation in die NATO und EU sind Kettenglied dieses Prozesses. Bis heute wird auf der Grundlage der kapitalistischen Restauration dieser Anschluss auf Kosten der nationalen Interessen dieser Staaten systematisch als Prozess der ökonomischen und politischen Unterwerfung betrieben. Darin liegt ein Großteil der tatsächlichen Wurzeln für den Berg von ungelösten Problemen, mit denen wir erneut konfrontiert sind und die böse Folgen erwarten lassen. Die Existenz, der Aufbau und die Politik der DDR zeigten, dass die konsequente Verwirklichung der Lehren des 2. Weltkrieges und der Festlegungen des Potsdamer Abkommens zu friedlichen inneren und äußeren Verhältnissen in Europa und in den einzelnen Ländern führen, Frieden reproduzieren und gegenseitige Achtung erzeugen kann.